

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395E

8

Frankfurt, August 1971

Einzelpreis 1,- DM

XI. Jahrgang

Tarifverträge für rund ein Drittel aller Beschäftigten in der Bundesrepublik werden in diesem Herbst gekündigt, und zwar: Keramische Industrie zum 31. August für 80 000 Beschäftigte; Metallindustrie zum 30. September (Bayern 31. Oktober) für 4,3 Millionen Beschäftigte; Eisen- und Stahlindustrie zum 31. Oktober für 320 000 Beschäftigte und öffentlicher Dienst zum 31. Dezember für 1,6 Millionen Arbeiter und Angestellte.

Die Gewerkschaften werden sich auf einen harten Lohnkampf vorbereiten müssen, wenn sie die Lohnforderungen ihrer Mitglieder verwirklichen wollen. Die Unternehmer sind entschlossen, sich gegen alle Lohnforderungen, die über den Schillerschen Orientierungsdaten liegen, zu sperren. D. h., daß die Gewerkschaften nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Regierung und den Staatsapparat zum Gegner haben werden. Was das bedeutet, hat der Lohnkampf der Chemiearbeiter gezeigt, wo die Polizei gegen streikende Arbeiter eingesetzt wurde, um Unternehmerinteressen zu schützen.

Lohnkampf im Herbst

Die Unternehmer der Metallindustrie wollen auf jeden Fall mit dem Tarifabschluß noch unter dem Ergebnis der IG Chemie bleiben. Selbst das Angebot des Vorsitzenden von Gesammetall, Herbert van Hüllen, auf eine Lohnerhöhung von 6,5 Prozent — ein „Angebot“, das die IG Metall auf keinen Fall akzeptieren kann — wurde vom Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes, Kirchner, zurückgewiesen. Dieser Vorschlag, so Kirchner, habe schon Kritik hervorgerufen und er sei nicht mehr „existent“. Und der Vorstandsvorsitzende der AEG, Hans Groebe, prophezeit „verheerende Folgen“ für die deutsche Wirtschaft, wenn sich die Löhne im Herbst wie in den vergangenen 2 Jahren erhöhen würden.

Die Unternehmer der Metallindustrie wollen auf jeden Fall mit dem Tarifabschluß noch unter dem Ergebnis der IG Chemie bleiben. Selbst das Angebot des Vorsitzenden von Gesammetall, Herbert van Hüllen, auf eine Lohnerhöhung von 6,5 Prozent — ein „Angebot“, das die IG Metall auf keinen Fall akzeptieren kann — wurde vom Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes, Kirchner, zurückgewiesen. Dieser Vorschlag, so Kirchner, habe schon Kritik hervorgerufen und er sei nicht mehr „existent“. Und der Vorstandsvorsitzende der AEG, Hans Groebe, prophezeit „verheerende Folgen“ für die deutsche Wirtschaft, wenn sich die Löhne im Herbst wie in den vergangenen 2 Jahren erhöhen würden.

Die Gewerkschaften dürfen sich in dieser Lohnauseinandersetzung nicht aus falscher Loyalität gegenüber der Regierung Brandt von ihren Forderungen abbringen lassen. Willy Brandt hat zwar auf einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Parteivorstandes mit dem Gewerkschaftsrat seiner Partei erklärt, er könne sich „nicht vorstellen, daß es Sozialdemokraten in führender gewerkschaftlicher Verantwortung gibt, die geneigt sein könnten, uns (d. h. die Regierung) im Stich zu lassen“. Umgekehrt werden die Gewerkschaften fordern müssen, daß die sozialdemokratische Bundesregierung die Gewerkschaften nicht im Stich läßt und auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger eine Stabilitätspolitik verfolgt, die nachweislich allein den Profitinteressen der Konzerne dient. sr

Aus dem Inhalt:

Endlich vorwärts kommen 1 Jahr nach Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau — Ratifizierung überfällig	2
Multinationale Gesellschaften IBFG-Wirtschaftskonferenz über internationale Großkonzerne	3
Arbeiterkonferenz in Rostock	4 u. 5
10 Jahre Mauer in Berlin	5
Verschwörung gegen Frieden Bundeswehrministerium führt Militarisierungsmaßnahmen in der Seeschifffahrt durch	6
DGB-Aktivität im IBGF	7
Gewerkschaftstag IG Metall	8
8 Tonnen pro Mann und Schicht Neue Stilllegungswelle im Ruhrbergbau	9
Lehren aus dem Chemiestreik Chemieunternehmer wollten Machtprobe mit der Gewerkschaft	10
IGM: Lohnkampf vorbereiten Unabhängige Lohnpolitik statt staatliche Lohnleitlinien	11
Kritische Zwischenbilanz	12
Lehrlinge im Lohnkampf Chemiekonzerne setzten Lehrlinge unter Druck	13
Städtebauförderungsgesetz schlecht	14
Ein „Ahrendt-Plan“	14
Arbeitslosenversicherung erhöht Beiträge	15
13. Tagung des FDGB-Bundes vorstandes	16
Menschen zweiter Klasse? Zum Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD-Wirtschaft	17
DPK kontra Großkapital	18
Buchbesprechung: Mitbestimmung als Kampfaufgabe	19
Lohn-Preis-Spirale widerlegt	20

Endlich vorwärtskommen

Ein Jahr nach Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau — Ratifizierung überfällig
Europäische Gewerkschaftskonferenz hilft den Frieden sichern

Die Botschafter der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs, ihre Sachverständigen, der Beauftragte der Regierung der DDR, Kohl und Bahr von der Regierung der BRD sowie die Vertreter des Westberliner Senats und der Regierung der DDR haben offensichtlich ihre Anstrengungen erhöht, um endlich in den strittigen Fragen einer Entspannung in Zentraleuropa vorwärtszukommen. Jetzt, da schon ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau zwischen der UdSSR und der BRD verlossen ist, wird es höchste Zeit, praktische Schritte im Sinne der Abmachungen von Moskau und Warschau zu tun.

Für den Fortgang des Kampfes um eine langfristige Friedenssicherung in Europa haben die Parteitage der KPdSU in Moskau und der SED in Berlin starke Impulse gegeben. Beide Parteitage haben einheitlich zwei Hauptaufgaben ihrer sozialistischen Länder programmatisch hervorgehoben und verbindlich beschlossen, im Innern der Staaten die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft fortzusetzen mit dem Ziel, den materiell-kulturellen Lebensstandard der Bevölkerung schneller zu steigern und nach außen eine aktive Friedenspolitik zu betreiben. Es sei hier noch hervorgehoben, daß die Regierung der UdSSR erklärt hat, sie sei ohne weitere Bedingungen bereit, den Vertrag mit der Regierung der BRD zu ratifizieren.

Die Regierung der DDR hat praktische Vorschläge gemacht, um die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD in gültigen, völkerrechtlich verbindlichen Verträgen zu fixieren. Das betrifft sowohl die Verkehrsverbindungen zwischen der DDR und der BRD wie auch die notwendigen vielfältigen Beziehungen zwischen der besonderen politischen Einheit Westberlin und der DDR.

Die bisherigen Verhandlungen auf den verschiedenen Ebenen lassen erkennen, daß jetzt mehr und mehr die Realität Westberlins als einer selbständigen besonderen politischen Einheit auch von den Westmächten respektiert und damit auch von der Bundesregierung, wenn auch widerstrebend, geschluckt werden muß. Jedoch der Widerstand in der Bundesrepublik gegen eine sachliche, den realen Verhältnissen entsprechende Westberlin-Regelung ist groß.

Die CDU/CSU mobilisiert alle Reaktionskräfte. Es muß die demokratischen Kräfte in der BRD alarmieren, wenn auf dem Schlesier-Treffen in München Erwin Arlt erklärt, die Verträge von Moskau und Warschau seien Landesverrat, und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Barzel, in dasselbe Horn bläst, wenn er lautstark im Bundestag gegen die Ein-

richtung eines Generalkonsulats der SU in Westberlin wettet und das als Preisgabe „deutscher Interessen“ zu diffamieren sucht. Angesichts der Errichtung von Konsulaten der UdSSR und der BRD in Hamburg bzw. Leninograd mutet es schon seltsam an, sich gegen ein gleiches Konsulat der UdSSR in Westberlin zu wenden. Der CDU/CSU paßt eben der ganze Kurs nicht, sie möchten jeden Schritt zur Entspannung torpedieren, da Spannungen und Kriegsgefahr für die Rüstungskonzerne der Großindustrie das rechte Klima sind, riesige Gewinne im Waffengeschäft zu machen.

Eine realistische Regelung der Westberlin-Frage wäre ein großer Fortschritt, ein Schlag gegen alle, die Europa in neue imperialistische Abenteuer treiben wollen. Es ist ermutigend zu sehen, daß die Anstrengun-

Glosse

In der Bundesrepublik steht die Aufklärung von Verbrechen in einem umgekehrten Verhältnis zu den Ausgaben für die Polizei: Von 1960 bis 1967 sind, so wurde jetzt bekannt, die Ausgaben für die Polizei um 63 Prozent gewachsen, die Aufklärung der registrierten Verbrechen verminderten sich jedoch von 67 auf 52 Prozent.

Nach der kürzlich vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Kriminalstatistik stieg die Kriminalität im Jahr 1970 wieder um 8,8 Prozent. Fälle von Raub und räuberische Erpressung nahmen um 15 Prozent zu, Morde um 18,5 Prozent und schwere Diebstähle um 68 Prozent. Läßt man die Verkehrsdelikte außer acht, wurden 1970 in der Bundesrepublik 2 413 586 Straftaten registriert.

Was die Sicherheit anbetrifft, scheint sich die Bundesrepublik us-amerikanischen Zuständen zu nähern.

okolus

gen für eine europäische Sicherheits-Konferenz zunehmen. In der Tat, Truppenverminderung, Abzug ausländischer Armeen, Aufhebung der Militärpakte, ein alle Staaten Europas umfassendes Sicherheits-System, das sind große Ziele für eine solche Konferenz, die für alle Völker Europas großen Nutzen bringen können.

Die Bundesregierung hat sich in Moskau bei der Unterzeichnung des Vertrages verpflichtet, „alles zu tun“, um eine Europäische Sicherheits-Konferenz vorzubereiten und erfolgreich durchzuführen. Es ist an der Zeit, von der Bundesregierung die Einlösung dieses Versprechens zu verlangen. Der Widerstand aggressiver und reaktionärer Kräfte in der BRD gegen eine Europäische Sicherheits-Konferenz, eine Regelung der Westberlin-Frage und die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau darf von der Bundesregierung nicht länger als Vorwand benutzt werden, positive Entscheidungen in diesen Fragen vor sich herzuschieben. Die Mehrheit unserer Bevölkerung, besonders die Arbeiterschaft und die junge Generation, wollen eine Politik des Friedens und sind bereit, aktiv gegen die Kriegstreiber von rechts, gegen die Allianz von Militär und Industrie anzutreten.

Die Haltung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften ist auch bei dem Ringen für eine Politik der Entspannung, der Abrüstung und wirklicher Sicherheit entscheidend. Es ist daher bedauerlich, wenn sich der DGB und sein Vorsitzender, H. O. Vetter, immer noch gegen eine Konferenz der Gewerkschaften Europas, die dem WGB, dem IBFG und dem WVA angehören, sperrt. Diese Konferenz hätte nicht nur die Aufgabe, hinsichtlich sozialer Forderungen der Arbeiter ganz Europas eine Abstimmung vorzunehmen und eventuelle Kampfmaßnahmen gegen die Konzernmächte abzusprechen, sondern die wichtigste Bedingung für den allgemeinen sozialen Fortschritt sichern zu helfen, nämlich den Frieden in Europa. Sie könnte ein Auftakt für die Mobilisierung der Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder unseres Erdteils sein, um die jeweiligen bürgerlichen Regierungen im eigenen Land zu zwingen, an einer Europäischen Sicherheits-Konferenz teilzunehmen.

Angesichts der Tatsache, daß bereits zahlreiche Regierungen im kapitalistischen Europa ihr Einverständnis mit einer solchen Sicherheits-Konferenz erklärt haben und die Regierungen der sozialistischen Länder seit langem diese Konferenz fordern, ist die Aufgabe, die Herbeiführung einer Europäischen Sicherheits-Konferenz durch den Druck der Arbeiterklasse zu beschleunigen, realistisch und zugleich notwendig, da auf diese Weise die

Multinationale Gesellschaften

Generalsekretär
der sudanesischen
Gewerkschaften hingerichtet

IBFG-Wirtschaftskonferenz über internationale Großkonzerne Schlußfolgerungen entsprechen nicht den Arbeiterinteressen

Neben dem Problem „Inflation und Arbeitsmarkt“ war das Thema „Multinationale Gesellschaften“ ein weiterer Schwerpunkt der in Genf stattgefundenen Weltwirtschaftskonferenz des IBFG, über die NACHRICHTEN bereits berichtet haben (vgl. 7/71, S. 18). Zu diesem Thema gab es sowohl im Referat von Otto Brenner als auch in einem Arbeitsmaterial des IBFG-Sekretariats Ansätze einer realistischen Einschätzung, aus der jedoch in der angenommenen Entschliebung nur unzureichende Schlußfolgerungen gezogen wurden.

Otto Brenner ging davon aus, daß „unsere Zeit von einer rasch fortschreitenden internationalen Kapitalverflechtung gekennzeichnet“ sei. In diesem Prozeß würden die „multinationalen Gesellschaften“ — die internationalen Konzerne mit einheitlicher Leitung aber mit zahlreichen Tochtergesellschaften in verschiedenen Ländern — eine herausragende Rolle spielen. Die internationalen Großkonzerne wie General Motors, General Electric, Unilever, Philips oder Siemens würden sich „jeder Form einer demokratischen Kontrolle oder sozialen Verantwortung entziehen und in der Hauptsache von Motiven der Expansion und der Maximierung der Erträge“ leiten lassen.

Unter anderem wurde die von den internationalen Konzernen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Regierungen betriebene Politik des Lohndumpings angeprangert. Mehrere Gewerkschaftsfunktionäre aus Entwicklungsländern wiesen nach, daß die internationalen Konzerngiganten in vielen ihrer Länder mehr Kapital herausziehen als sie durch „Entwicklungshilfe“ hineinstecken. Der Sprecher aus Peru sagte, daß für jeden investierten Dollar durch die koloniale Ausbeutung drei Dollar herausgeholt würden. Die nationalen Ersparnisse der Entwicklungsländer mißbrauchten die internationalen Konzerne für ihre Profit-

interessen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern.

Andere Redner übten an Brenners Rede Kritik, weil er nicht den Zusammenhang zwischen der ökonomischen und politischen Macht der multinationalen Konzerne dargelegt habe. Ein Gewerkschaftsfunktionär aus Indien klagte an, daß in den letzten zwanzig Jahren verschiedene multinationale Konzerne in 17 Staaten Regierungen an die Macht gebracht haben, die ihren Interessen entsprechen. Oftmals hätten diese konzernhörigen Regierungen die Gewerkschaften verboten und ihre Führer eingekerkert. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß die multinationalen Gesellschaften nicht nur in den Entwicklungs-, sondern auch in ihren Ursprungsländern über politische Macht verfügten und die jeweiligen Regierungen die koloniale Ausbeutung der Konzerne unterstützten.

Otto Brenner vermied es in seinem Schlußwort, auf diese Kritik einzugehen. Auch die Entschliebung und das angenommene Aktionsprogramm zu dieser Frage orientierte weder auf den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Macht, noch auf den „Kauf von Regierungen“ durch die internationalen Monopole. Stattdessen hat man den Bock zum Gärtner gemacht, indem man an die staatsmonopolistischen Regierungen appellierte, sie sollten die multinationalen Konzerne besser überwachen und kontrollieren.

Die notwendige Zusammenarbeit und Solidarität mit den Gewerkschaften, die nicht dem IBFG angehören, wurde ebenso wenig angesprochen wie ein gemeinsames Vorgehen mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder gegen das internationale Monopolkapital. Noch nicht einmal Brenners Forderungen nach einem „zentralen Konzernbetriebsrat in den multinationalen Gesellschaften“ und nach einer internationalen Mitbestimmung fanden in den Dokumenten Berücksichtigung.

Das dritte Thema, das sich mit gewerkschaftlichen Zielen für die Entwicklungsländer beschäftigte, entsprach ebenfalls nicht den Interessen der

Ungeachtet internationaler Proteste wurde der Generalsekretär der sudanesischen Gewerkschaften und Vizepräsident des Weltgewerkschaftsbundes, Schafei Achmed el-Scheich, von dem Militärregime des Generals Numeiri, der seine durch eine unblutige Revolution für kurze Zeit verlorene Macht wiedergewonnen hat, gehängt. Die barbarische Hinrichtung erfolgte, ohne daß dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben wurde, sich in einem ordentlichen Gerichtsverfahren gegen den Vorwurf, an einem Putsch gegen General Numeiri teilgenommen zu haben, verteidigen zu können. Einer Nachricht in der Zeitschrift „Metall“ zufolge ging Achmed el-Scheich mit den Worten: „Es lebe das sudanesishe Volk, es lebe die Arbeiterklasse“, aufrechten Schrittes zum Galgen.

Mit gleicher Brutalität wurde auch der sudanesishe KP-Chef Mahgub in Khartum ermordet, ohne daß das Gericht ihm eine Teilnahme an dem Aufstand gegen die Militärdictateur General Numeiri nachweisen konnte.

Die Bluturteile im Sudan haben in der ganzen Welt heftige Proteste bei den Gewerkschaften ausgelöst. Besonders die Gewerkschaften der Sowjetunion und der FDGB haben, ebenso wie das Präsidium der DKP, die sofortige Einstellung der antikomunistischen Gewaltakte und die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit im Sudan gefordert.

Werk tätigen dieser Länder. Der bürgerliche Ökonom und Nobelpreisträger J. Tinbergen empfahl der Bevölkerung der Entwicklungsländer einen prokapitalistischen Weg. Solange es in diesen Ländern ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit gäbe, sollten nach seinem Rat die Gewerkschaften „nicht so stark auf Lohnerhöhungen drängen“ und damit ihre „Mitglieder zur Solidarität mit den arbeitslosen Brüdern erziehen“. Gleichzeitig warnte er davor, Mindestlöhne zu fordern. In Wirklichkeit sind es gerade die niedrigen Löhne, die es den internationalen Konzernen ermöglichen, in den Entwicklungsländern Superprofite aus den Arbeitern herauszupressen und diese Gelder in die hochindustrialisierten Länder zu transferieren.

Alles zusammengenommen stand die IBFG-Weltwirtschaftskonferenz nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben. Für die Gewerkschaften kommt es nicht darauf an, die Gebrechen des internationalen Kapitalismus heilen zu wollen, sondern durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen seine Macht zu brechen.

Werner Petschick

Arbeitschaft ihre Interessen bei der Sicherheits-Konferenz anmelden könnte.

Der Vorstand des DGB wäre gut beraten, in den Fragen einer europäischen Gewerkschafts-Konferenz auf Ausweichmanöver zu verzichten. Der Plan Vettors, im Rahmen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) eine Gewerkschafts-Konferenz abzuhalten und dort „Ostkontakte“ zu erörtern, zielt völlig an der Aufgabe einer europäischen Gewerkschafts-Konferenz vorbei. Einmal wäre der FDGB der DDR ausgeschaltet und dabei das wichtigste umgangen, nämlich auf einer Konferenz der Gewerkschaften die Europäische Sicherheits-Konferenz auf Regierungsebene mitzubereiten zu helfen.

Josef Ledwohn

Arbeiterkonferenz in Rostock

550 Delegierte und Gäste vertreten mehr als 110 Millionen Gewerkschafter aus den Ostseeländern, Norwegen und Island

Als mit dem Absingen der Internationale die 14. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands, abgeschlossen wurde, waren die Delegierten und Gäste einer Meinung: Die Konferenz war eine überzeugende Demonstration internationaler Solidarität der Gewerkschafter aus den Ländern rund um die Ostsee, die ohne Unterschiede ihre politischen und gesellschaftlichen Ausgangspunkte sich in dem Willen vereinten, ihre Kräfte für die Sicherung des Friedens im Ostseeraum, für ein System europäischer Sicherheit und für den sozialen Fortschritt einzusetzen.

An dieser Konferenz nahmen 550 Delegierte und Beobachter teil. Sie hatten das Mandat von 111 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern ihrer Länder und gehörten gewerkschaftlichen Organisationen des IBFG und des WGB an. Die steigende Bedeutung der Arbeiterkonferenz wurde durch die wachsende Teilnahme gewählter Vertreter unterstrichen. Sie vertreten eine größere Anzahl von gewerkschaftlichen Organisationsmitgliedern, als in den Vorjahren.

Die 14. Arbeiterkonferenz stand unter der Losung „Gemeinsam für Frieden, europäische Sicherheit und sozialen Fortschritt — gegen den Imperialismus“. In zwei Diskussionsforen wurden ferner über „Die Herstellung der Aktionseinheit der Gewerkschafter im Kampf gegen das internationale Monopolkapital — für Frieden und soziale Sicherheit“ sowie über „Die Notwendigkeit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR im Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa“ diskutiert. Das erste Diskussionsforum wurde eingeleitet vom Kollegen Heinz Seeger, dessen Beitrag wir auszugsweise an einer anderen Stelle veröffentlichen, und das zweite Diskussionsforum von dem dänischen Kollegen Svendsen.

Das Hauptreferat der 14. Arbeiterkonferenz hatte Herbert Warnke, Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der DDR, übernommen. Herbert Warnke begann sein Referat mit einer Erläuterung der Grundfragen der 14. Arbeiterkonferenz. Er sagte: „Es ist unser gemeinsamer Wille zum Frieden. Es ist die gemeinsame Erkenntnis, daß die Gewerkschaften im Kampf für den Frieden nicht neutral sein können; denn die Sicherung des Friedens liegt im Interesse der Arbeiter, ihres Lebens und ihres Wohlergehens!“

Die Gewerkschaften — in welchem Lande sie auch wirken mögen — setzen sich das Ziel, das materielle und

und kulturelle Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten — und natürlich auch das ihrer Familien — ständig zu verbessern. Sie sorgen sich um das Arbeitseinkommen, um den Lohn, um Arbeits- und Gesundheitsschutz, um Fragen der Bildung und Freizeit der Arbeiter, um Altersversorgung und um Umweltschutz.

Aber alle diese Bestrebungen — z. B. der beste Arbeits- und Gesundheitsschutz, gute soziale Einrichtungen und dergleichen — sind hilflos, wenn ein Krieg Millionen Menschenleben vernichtet, wenn er Wohnungen und Arbeitsplätze in Ruinen legt. Da die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter vertreten, ihr Leben schützen wollen, treten sie für den Frieden ein. Ja, man kann sagen: Die Sicherung des Friedens ist eine der wichtigsten Aufgaben in der Vertretung der Interessen der Arbeiter und der Völker!...“

Nachdem Herbert Warnke ausführlich die Wirksamkeit des FDGB bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR dargelegt und dann das Fünf-Punkte-Friedenskonzept des VIII. Parteitag der SED erläutert hatte, erklärte er weiter:

„Der FDGB weiß sich mit den nordischen Arbeiter und Gewerkschaftern, mit vielen ihrer Organisationen, einig in der Erkenntnis, daß der Kampf für Abrüstung, Entspannung und europäische Sicherheit zu den ersten und wichtigsten Aufgaben gewerkschaftlicher Interessenvertretung gehört. Deshalb unterstützen wir aktiv die Arbeit für die baldige Einberufung einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, an der alle Staaten, ohne Diskriminierung, gleichberechtigt teilnehmen können...“

Die Gewerkschaften der DDR stimmen mit allen anwesenden Gewerkschaftsdelegationen darin überein, daß die Gewerkschaften einen starken Beitrag für die Sicherung des Friedens leisten können. Der FDGB tritt deshalb für die Einberufung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz ein, auf der soziale und ökonomische Fragen, die die Arbeiter interessieren, im Geiste des Friedens und der Verständigung, behandelt werden sollen. Was den FDGB betrifft, so kann ich versichern, es geht uns nicht lediglich um eine einmalige Gewerkschaftskonferenz, auf der die Vertreter aller europäischen Gewerkschaften zusammenkommen würden. Wir wünschen vielmehr im Interesse unserer Mitglieder, die Entwicklung der ständigen Beziehungen und das immerwährende Gespräch der europäischen Gewerkschaften, wobei die Methode, Konferenzen zu bestimmten Themen durchzuführen, Bestandteil unserer künftigen Beziehungen sein könnten...“

Herbert Warnke leitete dann über zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR:

„Immer mehr nordeuropäische Gewerkschaften fordern mit uns die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch alle Staaten, sowie ihre gleichberechtigte Aufnahme in die UNO und deren Spezialorganisationen, einschließlich der ILO. Die Aufnahme der DDR in die UNO ist ein wesentlicher Faktor, um eine wirklich gleichberechtigte, friedliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten zu sichern. Die Regierungen kapitalistischer Staaten können es drehen und wenden wie sie wollen: Es führt in Europa kein Weg an der DDR vorbei. Keine wesentliche europäische Frage läßt sich ohne oder gar gegen die DDR regeln! Greifen wir nur ein Problem, den Umweltschutz, heraus. Hier an den Gestaden der Ostsee steht das für uns alle wichtigste Problem, die weitere Verschmutzung der Ostsee zu verhindern. Damit im Zusammenhang stehen Probleme des Handels, die Schifffahrt, aber auch der Versorgung der Bevölkerung der Ostseeländerstaaten mit billigem und gutem Fisch, der Sicherung von Arbeitsmöglichkeiten für viele tausende Fischer und der Erhaltung und des Ausbaus von Ferien- und Erholungszentren für die Arbeiter und ihre Familien. Daran kann niemand stärker als gerade die Gewerkschaften interessiert sein. Aber es liegt auf der Hand, daß jede gewerkschaftliche Initiative in dieser Richtung nur im gemeinsamen Vorgehen aller Landesorganisationen im Ostseeraum von nachhaltigem Erfolg sein kann.“

Die klare und sachliche Rede Herbert Warnkes wurde von den Delegierten mit starkem Beifall bestätigt. Das sich der Kongreß durch Geschlossenheit und gewerkschaftliche Solidarität auszeichnete, ist nicht zuletzt das Verdienst der Rede von Herbert Warnke.

Lebhafte Diskussion

Ein großer Teilnehmerkreis beteiligte sich am ersten Diskussionsforum. Hier stand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als multinationale Kapitalkonzentrierung zur Ausbeutung Westeuropas in dem Vordergrund. Besonders die Gewerkschafter aus den nordischen Staaten wandten sich zum Teil leidenschaftlich gegen den von ihren Regierungen und den Konzernen angestrebten Beitritt zur EWG. Einmütig forderten die Diskussions Teilnehmer die Aktionseinheit aller europäischen Gewerkschaften und die Entwicklung einer gemeinsamen internationalen Kampftaktik gegen die Macht der multinationalen Monopole sowie die Vorbereitung und Durchführung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz.

Eingehend wurde im Arbeitskreis zwei die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR diskutiert. 17 Delegierte nahmen dabei das Wort und in allen Beiträgen wurde die Anerkennung der DDR als ein entscheidender Schritt für den Frieden bezeichnet. Vor großer Bedeutung war der Austausch von Erfahrungen über die verschiedenen Formen und Initiativen im Kampf um die Anerkennung in den einzelnen Ländern. Es zeigte sich, daß diese Bewegung besonders in Finnland und Dänemark große Resonanz gefunden hat. Angeregt wurde, die Initiative zu koordinieren, um Seite an Seite die Bewegung für die Anerkennung der DDR kraftvoller vorwärts zu bringen.

In seinem Schlußwort erinnerte der einstimmig wiedergewählte Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Arbeiterkonferenz, Rudi Speckin, daran, daß die Idee der Konferenzen geboren wurde in der finstersten Periode des kalten Krieges, in einer Zeit der offenen Bedrohung des Friedens im Ostseeraum. Es war, so sagte Rudi Speckin, eine Periode in der die europäische Gewerkschaftsbewegung durch einen tiefen Graben, erzeugt durch die Spaltung der einheitlichen Weltgewerkschaftsorganisation, getrennt war. Aber die Bedeutung der Arbeiterkonferenzen sei von Jahr zu Jahr gewachsen, was nicht nur durch die steigenden Teilnehmerzahlen bewiesen würde, sondern das die Arbeiterkonferenzen gemeinsam mit den Anstrengungen der Staaten des sozialistischen Weltsystems und der Friedenskräfte in Europa dazu beigetragen haben, daß Europa die längste Friedensperiode unseres Jahrhunderts erleben konnte. Die Hauptaufgabe der Arbeiterkonferenzen bestehe weiter darin, für das Zustandekommen einer europäischen Staatenkonferenz, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Durchführung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz, einzutreten. Rudi Speckin schloß: „Wir sind eine große Kraft, die vereint viel erreichen kann. Setzen wir diese Kraft richtig ein, damit wir in Vorbereitung unserer 15. Arbeiterkonferenz auf neue große Resultate zurückblicken können.“

Telegramme und Entschliefungen

Die 14. Arbeiterkonferenz verabschiedete neben einem offiziellen Kommuniqué sowie einem Telegramm an die Delegation der revolutionären provisorischen Regierung der Republik Südvietsnam, in der die Übereinstimmung der Delegierten der 14. Arbeiterkonferenz mit den Forderungen ihrer Vertreter auf der Pariser Vietnamkonferenz ausgesprochen wird, sowie eines Telegramms an die Salt-Beratungsdelegation der UdSSR und USA in Helsinki, in dem die Teilnehmer viel Erfolg bei der wichtigen Aufgabe wünschen, eine politische Erklärung, die wir nachstehend auszugsweise veröffentlichten.

„Der Imperialismus hat sich nicht gewandelt. Er ist nach wie vor die Ursache für Faschismus und Krieg. Ein bewaffneter Konflikt in Europa würde zu einem Atomkrieg mit katastrophalen Folgen führen. Aber die Kräfte des Friedens befinden sich im Vormarsch. Ihre Initiative für Frieden und Sicherheit in Europa eröffnen neue Möglichkeiten, um durch gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Friedenskräften die Friedensstörer zu zügeln.“

Die 14. Arbeiterkonferenz fordert von der BRD die sofortige Ratifizierung der zwischen der UdSSR und der BRD und der VR Polen und der BRD abgeschlossenen Verträge ohne jegliche Vorbedingungen. Dem wiederholt geäußerten Willen der Sowjetunion und der VR Polen zur Ratifizierung müssen nun entsprechende Schritte der BRD folgen. Das würde jene revanchistischen und militaristischen Kräfte, die dem Frieden im Wege stehen, zu rückdrängen.

Wir wenden uns an die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften der Ostseeländer, Norwegens und Islands:

Setzt alle Eure Kräfte ein für die baldige Durchführung einer Sicherheitskonferenz der europäischen Staaten. Fordert von Euren Regierungen, daß sie ihre Bereitschaft erklären, an der Konferenz ohne Vorbedingungen teilzunehmen und zu ihrem Erfolg beizutragen. Fördert all jene Initiativen, die diesem Ziel dienen. Unterstützt all jene Aktivitäten, die zur Vorbereitung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz beitragen, an der alle europäischen Gewerkschaftsorganisationen gleichberechtigt teilnehmen sollten. Dort könnten soziale und ökonomische Fragen behandelt werden, die die Arbeiter interessieren und dem Frieden sowie der Verständigung dienen.

Helft mit, daß die vom Stockholmer Initiativkomitee vorgeschlagene Weltkonferenz der Gewerkschaften über Indochina noch in diesem Jahr in Stockholm stattfindet und zu einer großen Demonstration der Solidarität mit den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Vietnams, Laos und Kambodschas wird.

Verstärkt Eure Anstrengungen zur unverzüglichen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch alle Staaten. Das ist eine notwendige Voraussetzung für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit.

Es liegt im nationalen Interesse eines jeden Staates, daß die DDR und die BRD völkerrechtlich anerkannt werden.

In die UNO und ihre Spezialorganisationen müssen als gleichberechtigte Mitglieder die DDR sowie die BRD aufgenommen werden.“

10 Jahre Berliner Mauer

Vor 10 Jahren, am 13. August 1961, hat die Regierung der DDR im Einvernehmen mit den im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen sozialistischen Staaten die zum kapitalistischen Westen hin offene Grenze in Berlin auf wirksame Weise geschlossen. Mit der Mauer in Berlin wurde eine Quelle ständiger wirtschaftlicher Störungen des sozialistischen Aufbaus der DDR verstopft und eine akute Gefahr für den Frieden in Europa beseitigt. In der DDR begann ein beschleunigter wirtschaftlicher und staatlicher Aufbau des ersten sozialistischen Staates in der deutschen Geschichte. Innerhalb der geschützten Grenzen zum Westen konnte sich die Wirtschaft kontinuierlich entwickeln und schnelle bemerkenswerte Verbesserungen des materiellen und kulturellen Lebensstandards der Bevölkerung erreichen.

Diese Tatsache kann durch offizielle wirtschaftliche Statistiken und Bilanzen bewiesen werden. Dabei ist zuzugehen von der Tatsache, daß vor Errichtung der Mauer 3,6 Millionen DDR-Bürger durch das Loch in Westberlin in die Bundesrepublik überwechselten, angelockt durch den Glanz westdeutscher Schaufenster und perfider Abwerbungsmethoden bundesdeutscher Konzerne, mit Unterstützung der damaligen Adenauer-Regierung. Zu schnell vergessen ist heute schon die von dem CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Adenauer offen ausgesprochene Absicht, die sozialistische DDR wirtschaftlich in die Knie zu zwingen und zu okkupieren. Diese auch für den Frieden in Europa gefährlichen Ziele des Großbürgertums in der Bundesrepublik wurden mit der Mauer zunichte gemacht.

Statt dessen vollzog sich in der DDR ein gewaltiger Aufschwung: Betrug das Nationaleinkommen 1960 noch 71 Milliarden Mark, wuchs es bis 1970 auf 108 Milliarden Mark an. Der Wert der Nettoindustrieprodukte (ohne Bauwirtschaft) stieg von 1960 bis 1970 von 41,244 auf 65,063 Milliarden Mark und der der Landwirtschaft von 11,991 auf 12,381 Milliarden Mark an. Das durchschnittliche Monatseinkommen für vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte stieg bei etwa gleichbleibenden Preisen aber verkürzter Arbeitszeit von 575 auf 734 Mark. Die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erschöpft sich jedoch nicht im industriellen Konsum, sondern reicht von der 5-Tage-Woche bis zur zehnklassigen Oberschulbildung für 85 Prozent aller Schüler.

Die Mauer in Berlin hat zu ihrem Teil zur Sicherung der Grenzen der DDR beigetragen und ist zugleich eine der Voraussetzungen für vernünftige Lösungen der Westberlin-Frage wie auch der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Verschwörung gegen Frieden

Bundeswehrministerium führt Militarisierungsmaßnahmen in der Seeschifffahrt durch

Die in diesen Tagen erschienene negative Kritik der Bundeswehrführung an der Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverbütung“, die ein Wissenschaftlerenteam unter der Leitung von Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker erstellte, zeigt, daß sich an dem reaktionären Charakter des westdeutschen Imperialismus und Militarismus nichts geändert hat. Aggressiv bestrebt, der Bundesrepublik eine dominierende Stelle in Europa zu sichern und die Entwicklung in den sozialistischen Staaten zu stören, bleibt er eine Quelle ständiger Kriegsgefahr.

Auf der 14. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Island in Rostock, warnte der Vorsitzende des FDGB, Herbert Warnke, angesichts dieser Entwicklung, daß alle Aktivitäten um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Verbesserung der Bildung, Altersversorgung und Gesundheitsschutz hinfällig sind, brähe wieder ein Krieg aus, der alles vernichten würde. Deshalb bleibe für die internationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als wichtigste Aufgabe, den Frieden zu sichern und zu festigen.

Die Vorbereitungen auf einen Krieg geschehen im Grunde genommen in jeder Minute und vor unser aller Augen. Mit welcher Systematik z. B. der westdeutsche Militarismus hierzulande diese Vorbereitungen betreibt, zeigen die Militarisierungsmaßnahmen in der Seeschifffahrt und den Häfen. Verhängnisvoll ist dabei, daß dies in aller Öffentlichkeit vorgenommen wird, genau wie die unentwegte Steigerung der Rüstungslasten, aber viele Menschen in unserem Lande den Blick für die Gefährlichkeit dieser Entwicklung verloren haben.

In einem Vortrag vor Reederverbänden und nautischen Vereinen appellierte Regierungsdirektor Löffers vom Bundesverkehrsministerium für verstärkte Anstrengungen in der sogenannten Zivilverteidigung. Diesem Vortrag war zu entnehmen, daß schon seit 1968 in Sonderlehrgängen nautische und technische Schiffsoffiziere der Handelsschifffahrt an den Kriegsschulen in Neustadt/Schleswig-Holstein und Flensburg-Mürwik für die Kriegsmarine gedrillt werden. Dabei wird die Aufgabe der Handelsflotte für den militärischen Nachschub theoretisch durchexerziert. „Ziel dieser Vorbereitungen“, so Löffers in seinem Vortrag, „ist es, die Handelsflotte für die Versorgung der Streitkräfte bereit zu halten und sie möglichst wirkungsvoll einzusetzen.“ Der zentrale Einsatz der Handelsflotte im Kriegsfall liegt, so wurde es dargestellt, nach durchdachten Plänen in der Hand der NATO-Stäbe.

Auf die Frage nach dem Schutz für Mann und Schiff in einem Ernstfall erklärte dann Löffers: „Einmal ist

es angesichts der Waffenentwicklung noch fraglicher geworden, ob ein wirkungsvoller Schutz überhaupt möglich ist. Zum anderen stehen solche vom Bund zu finanzierende Aufwendungen an Bord der Schiffe in keinem Verhältnis zum Grad des dadurch gewährleisteten Schutzes.“

Zusammenschluß in Europa

In Brüssel haben sich die dem IBFG angehörenden Metallarbeitergewerkschaften der sechs EWG-Staaten zu einem Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) zusammengeschlossen. Das ist ein erster Schritt europäischer Zusammenarbeit von Fachgewerkschaften im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Der Metallarbeiterbund hat sich die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer der Metallindustrie auf allen Ebenen der EWG zu vertreten. Eine ständige Zusammenarbeit der angeschlossenen Organisationen und „konkrete gemeinsame Aktionsprogramme“ sollen die Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit schaffen. Der EMB, der 3,1 Millionen Mitglieder (darunter allein 2,2 Millionen der IG Metall der Bundesrepublik) vertritt, will „für grundlegende Gesellschaftsreformen“ kämpfen.

Lenkungsorgan des EMB ist ein Exekutivausschuß, in dem die IG Metall vier Sitze, die französische FOM und FGM-CFDT, die italienische FIM-CISI und die italienische UILM-UIL je zwei Sitze haben. Auch die belgischen und niederländischen Metallarbeitergewerkschaften erhalten je zwei Sitze, während der luxemburgische Verband einen Sitz erhält. Der Exekutivausschuß soll wenigstens zweimal jährlich zusammentreten und die Generalversammlung alle drei Jahre.

Zum Abschluß der Generalversammlung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes wurde der Generalsekretär der Belgischen Metallgewerkschaft CMB, Wallaert, zum Präsidenten gewählt. Sekretär blieb der bisherige Sekretär des Metallausschusses Günter

Natürlich trifft eine derart kaltschnäuzige Planung auf den wachsenden Widerstand vornehmlich junger Schiffsoffiziere der Handelsschifffahrt. Sie haben keine Lust, sich als „Himmelfahrtskommando“ verheizen zu lassen. Um diesen Widerstand auszuräumen, wandte sich das Bundesministerium für Verteidigung erneut mit einem internen Rundschreiben (Aktenzeichen 57-50-10-06 vom 16. März 1971, Betr.: „Einschiffung von Handelsschiffsoffizieren und nautischen Assistenten auf Kriegsschiffen der Bundesmarine zu Manövern u. a.“) an die Reeder. In dem Brief wird u. a. erklärt, daß alle bisherigen Einsätze sowohl den direkt Beteiligten als auch den Reedereien und der Bundesmarine eine Fülle von Einsichten, Anregungen und Erfahrungen gebracht hätten. Weiter heißt es: „Insbesondere beurteilen die Handelsschiffsoffiziere und nautischen Assistenten ihre gewonnenen Erfahrungen auf Kriegsschiffen in bezug auf Menschenführung, Bordorganisation, Ausbildung der Besatzung, Schiffssicherung u. a. positiv und als nützlich

Köpfe. In den Exekutivausschuß wurden für die Bundesrepublik der erste und zweite Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner bzw. Eugen Loderer, sowie die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Fritz Strothmann und Willi Michels gewählt.

Überlegt man sich die Zahl der im EMB zusammengefaßten Metallarbeiter, dann zeigt sich, daß dieser Zusammenschluß noch keine Konzentration der westeuropäischen Metallarbeitergewerkschaften darstellt. Vor allem fehlen die großen Gewerkschaftsverbände in Frankreich und Italien, die dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen sind. Ohne Aktionseinheit aller Gewerkschaften, ohne Unterschied ihrer politischen Ausgangspunkte, ist eine Gegenmacht gegen die Konzentration der multinationalen Konzerne in der EWG nicht aufzubauen. Darüber scheinen sich die Initiatoren auch klar zu sein, denn Otto Brenner erklärte in dem Hauptreferat auf der ersten Generalversammlung des Bundes, daß man den Aufbau neuer Machtzentren des Kapitalismus, die sich den gemeinsamen Markt nach ihren Bedürfnissen aufteilen, einer öffentlich-demokratischen Kontrolle unterwerfen müsse. Und das ist ja wohl nicht möglich ohne die in Italien und Frankreich dominierenden Gewerkschaften des Weltgewerkschaftsbundes. sr

DGB-Aktivität im IBFG

für die Erfüllung ihrer Aufgaben an Bord von Handelsschiffen." Ferner wird darauf hingewiesen, daß eine unbekannte Zahl von Marineoffizieren mit Befähigungszeugnissen ihren Urlaub zu Vertretungsreisen auf Handelsschiffen in den verschiedensten Fahrgebieten benutze. Kann man das anders deuten, als daß bereits heute auf Schiffen der Handelsflotte Kriegsmarineoffiziere auf der Brücke stehen, die in den ausländischen Häfen der „verschiedensten Fahrgebiete“ gewiß nicht nur die Lade- und Löscharbeiten überwachen, sondern sicherlich auch für andere Anlagen Interesse zeigen?

Was die „Planungen“ in den Häfen der Bundesrepublik betrifft, so erklärte Regierungsdirektor Löffers: „In der Erkenntnis, daß die großen Häfen (gemeint sind damit Hamburg, Bremen und Lübeck, die Red.) im Kriege weitgehend ausgeschaltet werden (ausgeschaltet mit ihren Millionen Bürgern, die in den Hafenstädten wohnen, die Red.), sind eine ganze Reihe von mittleren und kleinen Häfen ausgebaut worden. Zur Zeit sind die Länder damit beschäftigt, für solche verstärkten Kapazitäten das erforderliche Personal und die Geräte bereitzustellen.“

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Inzwischen wurde durch Betriebsratsmitglieder des Hamburger Hafens bekannt, daß regelmäßig Einheiten der Bundeswehr im Hamburger Hafen mit Lade- und Löscharbeiten vertraut gemacht werden. Dabei ist wohl nicht auszuschließen, daß die hier ausgebildeten Soldaten sicher nicht nur für den Kriegsfall bereitstehen, sondern gegebenenfalls auch als Streikbrecher eingesetzt werden können.

Es zeigt sich, daß an dem militärstrategischen Konzept der bundesdeutschen Militaristen, trotz der Unterschrift unter die Verträge von Moskau und Warschau festgehalten wird. Zugleich wird aber auch der Widerspruch zwischen den Worten und Taten in der bundesdeutschen Politik sichtbar. Ein Widerspruch, der gleichzeitig deutlich macht, wie sehr die von der SPD geführte Bundesregierung in die Politik der herrschenden Kräfte des Großkapitals verstrickt ist.

Was das Volk in der Bundesrepublik braucht, sind nicht Vorbereitungen für den Kriegsfall, sondern verstärkte Anstrengungen der Bundesregierung, um den Frieden in Europa sicherer und stabiler zu machen. Dazu gehört die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ebenso, wie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der verstärkte Einsatz zur Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz.

Paul Beau

Der Bundesvorstand des DGB, namentlich der Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, und der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner haben in den letzten Wochen eine auffällige gewerkschaftspolitische Aktivität in westeuropäischen kapitalistischen Ländern bzw. in den USA und Kanada entwickelt. Vetter besuchte Mitte Juni die Präsidenten des kanadischen und des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes, MacDonald und Meany. In Frankfurt traf er mit den Vorsitzenden und Präsidenten von Gewerkschaften aus 13 europäischen Ländern und dem kanadischen Gewerkschafts-Präsidenten zusammen. In Brüssel schlossen sich bei maßgeblicher Mitwirkung der IG Metall der Bundesrepublik acht Metallgewerkschaften aus den sechs EWG-Ländern am 29. und 30. Juni zum Europäischen Metallgewerkschaftsbund zusammen. Gleichzeitig reisen der DGB-Vorsitzende Vetter und der Leiter der DGB-Auslandsabteilung, Kersten, zum Kongreß des finnischen Gewerkschaftsbundes SAK nach Helsinki, um dort weitere Gespräche mit Gewerkschaftsvorsitzenden aus europäischen Ländern zu führen.

Eine gewisse Hektik ist bei allen diesen Unternehmungen unverkennbar. So wichtig die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern Europas und darüber hinaus ohne Zweifel ist, muß doch oberstes Prinzip die Solidarität aller Gewerkschafter und der Aufbau von Gegenmacht gegenüber der zunehmenden grenzüberschreitenden Konzentration des Monopolkapitals sein. Diese Zielsetzung ist nicht immer zur Genüge deutlich geworden.

Vielmehr haben die Vertreter des DGB mit ihren Reden und Erklärungen selbst den Eindruck hervorgerufen, als gehe es bei ihren Aktivitäten vor allem um andere Ziele als die Zusammenfassung aller Kräfte zur wirksamsten gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft in den westeuropäischen Ländern. In den USA versuchte Vetter, dem militanten Antikommunisten George Meany klarzumachen, daß er um den Bestand der kapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik infolge der Bemühungen des DGB um Ostkontakte und Unterstützung der Bonner Ostpolitik nicht zu fürchten brauche. Die „Welt der Arbeit“ vom 25. Juni: „Vetter machte in Washington deutlich, daß der DGB unverändert die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung bejaht und eine ‚Verbrüderung‘ mit kommunistischen Gewerkschaften nicht zur Diskussion steht.“

Auch auf dem Frankfurter Treffen erläuterte der DGB-Vorsitzende den Gewerkschaftsführern von Organisationen, die der DGB als „freie“ apostrophiert, laut „Welt der Arbeit“ das „Verhalten gegenüber den kommunistischen Gewerkschaften sowohl des Ostblocks als auch des Westens“. Zu seinen Gesprächspartnern gehörten Vertreter aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz.

Vertreter der größten Gewerkschaftsbünde in Frankreich und Italien, CGT und CGIL, waren zu der Zusammen-

kunft nicht eingeladen. Das wäre unbedeutend notwendig gewesen, wenn die Kontaktrunde Vetters der Stärkung und Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte gegen das „Europa des Kapitals“ dienen sollte. Obgleich „geprüft“ werden soll, inwieweit bei grenzüberschreitenden Tarifverträgen in multinationalen Konzernen eine Zusammenarbeit mit „kommunistischen“ Gewerkschaften möglich ist, stellt die „Welt der Arbeit“ als Sprachrohr des DGB-Bundesvorstandes fest: „Darüber hinaus könne es in der EWG nur ein Zusammenwirken geben, wenn die europäische Integration von den Kommunisten rückhaltlos anerkannt wird.“

Genau das wäre unverantwortlich. Eine „rückhaltlose“ Anerkennung der EWG, die seit ihrer Gründung bis heute als supranationaler Tummelplatz der Monopole konzipiert ist und eine entsprechende Politik betreibt, kann und darf es nicht geben. Eine EWG, in deren Organen die Arbeiterschaft der beteiligten Länder und ihre Gewerkschaften nur Dekoration der Kapitalherrschaft sind und nicht wirksam mitbestimmen können, wird selbst von den sogenannten „freien“ Gewerkschaften, sofern sie nicht vom Monopolkapital ausgehalten werden, abgelehnt.

Den Interessen der Arbeiterschaft in den Mitgliedsländern der EWG (und deren Zahl nimmt demnach zu) dient gerade die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte, unabhängig von deren ideologischer Orientierung. Nur wer seine eigene politische Suppe kochen will, wird sich dieser vernünftigen Erkenntnis, die besonders in Italien und Frankreich sowie in den skandinavischen Ländern immer stärker wird, widersetzen. Der antikommunistische Inhalt der jüngsten internationalen Aktivitäten von führenden DGB-Vertretern ist bedauerlich. Aber die Entwicklung geht weiter. Die Arbeiterschaft in Europa und der übrigen Welt drängt stärker denn je zu einheitlichen Aktionen gegen das Kapital. Diesen Trend sollte niemand übersehen.

G. S.

Gewerkschaftstag IG Metall

**IG Metall – Vortrupp einer aktiven Lohnpolitik:
Nicht als „Ordnungsmacht“ mißbrauchen lassen!**

In einer Zeit sich verschärfender Klassengegensätze findet vom 26. 9. bis 2. 10. in Wiesbaden der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Zum gleichen Termin laufen für Millionen Metallarbeiter die Lohn- und Gehaltstarife aus. Daß diese Lohnrunde 1971 sehr hart sein wird, dafür haben die Metallunternehmer ihre Zeichen gesetzt: Lohndruck und Lohnstopp ist ihre Devise. In gleicher Front mit den Metallbossen steht auch der Superminister Schiller, der mit den sogenannten Orientierungsdaten die Gewerkschaften auf die Linie seiner Wirtschaftspolitik drängen will.

Die IG Metall, die in den vergangenen Jahren oft in den Lohnbewegungen vorangegangen ist und sich als Vorkämpfer für eine aktive Lohnpolitik bewährt hat, wird auf ihrem Gewerkschaftstag zu der Frage Stellung nehmen müssen, ob sie auch noch heute zu diesem Prinzip steht, nachdem eine sozialdemokratisch geführte Regierung den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Monopolkapital und Gewerkschaften zu verschleiern und die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten einzudämmen versucht. Die Antworten auf diese Frage betreffen nicht nur die Lohnpolitik der IG Metall, sondern berühren das Gesamtkonzept der wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Zweifellos ist dabei die Lohnpolitik der IG Metall ein wesentliches Kriterium für ihre Stellung in diesen Auseinandersetzungen. Verständlicherweise beschäftigen sich darum zahlreiche Anträge an den Gewerkschaftstag mit der Tarifpolitik der IG Metall. Gefordert wird u. a. eine aktive Tarifpolitik, ohne Rücksicht auf Orientierungsdaten und sonstige Einflüsse der konzertierten Aktion; Öffnungs- und Preisgleitklauseln in den Lohn- und Gehaltsverträgen sowie eine betriebsnahe Tarifpolitik.

Im Zusammenhang mit der Tarifpolitik wird in weiteren Anträgen die Teilnahme der IG Metall an der konzertierten Aktion abgelehnt oder von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß sich die konzertierte Aktion nachteilig auf die Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften auswirkt, und darum ist es nur folgerichtig, wenn der Austritt aus der konzertierten Aktion gefordert wird und dieser Schritt auf dem Gewerkschaftstag beschlossen wird.

Dabei geht es um weitreichendere Fragen, beispielsweise darum, ob die Tarifautonomie der Gewerkschaften erhalten bleibt oder durch die Wirtschaftspolitik Schillers unterlaufen und durch die Teilnahme von Gewerkschaftsfunktionären an der konzertierten Aktion stillschweigend Stück für Stück preisgegeben wird. Ob aus

falsch verstandener Loyalität gegenüber der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die Schiller'sche Konjunkturpolitik, die den Interessen der Konzerne und Monopole dient, durch de-facto-Anerkennung der Lohnleitlinien akzeptiert werden soll. Der Gewerkschaftstag der IG Metall wird sich für eine klare Abgrenzung von der Schiller'schen Wirtschaftspolitik entscheiden müssen, damit die IG Metall ungehindert die Interessen der Metallarbeiter wahrnehmen kann.

Ein weiteres und ebenso wichtiges Problem, mit dem sich der Gewerkschaftstag zu beschäftigen hat, ist die Forderung nach wirksamer Mitbestimmung für die nach wie vor abhängigen Arbeiter und Angestellten. Konkret wird es dabei um eine Novellierung des BetrVG nach den Vorstellungen des DGB sowie um die Durchsetzung der qualifizierten Mitbestimmung entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften gehen. Die Mitglieder der IG Metall erwarten vom 10. Gewerkschaftstag ein klares Nein zum Regierungsentwurf. Aber damit nicht genug. Soll dieser Entwurf, der in entscheidenden Fragen das jetzige BetrVG verschlechtert, anstatt es zu verbessern, nicht zum Zuge kommen, dann müssen in Wiesbaden konkrete Kampfbeschlüsse gefaßt werden. Es gilt, zu der zweiten Lesung des BetrVG im Bundestag die Proteste wesentlich zu verstärken, um einen nachhaltigen Druck auf das Parlament auszuüben. Durch gewerkschaftliche Aktionen muß erreicht werden, daß zumindest die Vorschläge des DGB Berücksichtigung finden.

Um in der Frage der Mitbestimmung weiterzukommen, müßte eine detaillierte Konzeption der qualifizierten Mitbestimmung entwickelt werden, und zwar eine Mitbestimmung auf allen Ebenen: Des Arbeitsplatzes, der Betriebe, der Unternehmen und Konzerne, der Gesamtwirtschaft einschließlich der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung sowie in den multinationalen Konzernen, besonders im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Ein drittes Problem ist die Auseinandersetzung über politisch-organisa-

torische Fragen innerhalb der Organisation selbst. Hauptproblem hierbei ist die Förderung und die Absicherung der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, die Fixierung ihrer Aufgaben und ihrer Tätigkeiten. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper muß einen entsprechenden Niederschlag in den Satzungen der IG Metall finden.

Die IG Metall mit ihren mehr als 2 Millionen Mitgliedern, ihren Vertrauensleutkörpern und ihren Betriebsratsmitgliedern in den entscheidenden Betrieben der Metall- und Stahlindustrie ist eine Macht. Diese Macht kann aber nur dann wirksam werden, wenn gewerkschaftspolitische Bewegungen der Metall- und Stahlarbeiter nicht von oben reglementiert, sondern von der vorhandenen Kampfbereitschaft an der Basis getragen werden. Die demokratische Selbstentscheidung der Mitglieder bei allen Aktionen, ist das Lebenselement jeder Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten.

Die Bedeutung des 10. Gewerkschaftstages liegt aber nicht nur in der Tatsache, daß die IG Metall die zahlenmäßig stärkste Gewerkschaftsorganisation in der Bundesrepublik ist. Bedeutung kann der Gewerkschaftstag erst gewinnen, wenn durch seine Beschlüsse die Organisation gefestigt wird, daß sie dem Druck der herrschenden Kräfte nicht nachgibt und sich nicht als „Ordnungsfaktor im Staat“ abqualifizieren läßt.

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag des DGB in Düsseldorf ist durch das Auftreten von Otto Brenner die Führung der IG Metall in ein Zweifelt geraten. Otto Brenner hat die Wirtschaftspolitik Schillers verteidigt und den Auftrag der Gewerkschaften, die Gesellschaft in der Bundesrepublik zu verändern, prinzipiell in Frage gestellt. Der 10. Gewerkschaftstag der IG Metall sollte die Gelegenheit wahrnehmen, hier ein klares Wort zu sprechen und sich entschieden für das Grundsatzprogramm des DGB, in dem die gesellschaftsverändernde Rolle der Gewerkschaften festgelegt ist, einzusetzen.

Heinz Lang

Adolf Schmidt Präsident des IBV

Auf dem 41. Internationalen Bergarbeiterkongreß in London ist der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, zum Präsidenten des Internationalen Bergarbeiterverbandes gewählt worden. Damit wurde zum vierten Male nach 1945 ein bundesdeutscher Gewerkschaftsvorsitzender Präsident dieses Verbandes.

8 Tonnen pro Mann und Schicht

Neue Stilllegungswelle im Ruhrbergbau Interessenkonflikt Bergarbeiter — Ruhrkohle AG

Der zweitgrößte Konzern der Bundesrepublik, die privatkapitalistische Ruhrkohle AG (RAG), das liebste Kind des Arbeitsministers Walter Arendt, soll nach dem erklärten Willen ihrer Geburtshelfer — Bundeswirtschaftsministerium, Unternehmer und IGBE-Führung — bis 1980 zu einem „leistungsfähigen und ertragsstarken Kern“ — so der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Schmidt — zusammenschumpfen.

Bei Gründung des Superkonzerns am 30. November 1969 wurden von den Altgesellschaften 52 Schachtanlagen, 29 Zechenkokereien, 5 Brikettfabriken und 20 kleine, meist veraltete Zechenkraftwerke mit insgesamt 186 000 Beschäftigten, eingebracht. Was die Altgesellschaften im Laufe von Jahrzehnten an Gewinnen aus den Bergarbeitern herauschinden konnten und rentabel angelegt hatten — wie z. B. in umfangreichem Grundbesitz und gewinnträchtigen Anlagen, vor allem in modernen Kraftwerken — behielten sie. Die Ruhrkohle AG bekam einen skelettierten Bergbau mit staatlicher Gewinngarantie. Die 7 Stahlkonzerne (Altgesellschaften) Thyssen, Mannesmann, Krupp, Hoesch, Klöckner, Rhein Stahl und Peine Salzgitter beherrschen 61 Prozent des Aktienkapitals der RAG. 5 Chefmanager dieser Konzerne sitzen im RAG-Aufsichtsrat. Bereits vor der RAG-Gründung wurden schon 40 Zechen an der Ruhr mit insgesamt 37 Millionen Tonnen jährlicher Förderkapazität stillgelegt. Dafür strichen die Zechenbosse eine „Beerdigungsprämie“ in Höhe von 655 Millionen DM ein.

Obwohl nach Bildung der RAG in einer ersten Phase bis 1975 mindestens 10 Zechen mit einer Förderkapazität von 13 bis 14 Millionen Tonnen und einer Beschäftigungszahl von etwa 20 000 Arbeitern und Angestellten stillgelegt wurden, fühlt sich die IGBE-Führung für diesen Konzern verantwortlich. Springers „Welt“ konnte am 1. 7. 1971 berichten: „Der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und auch die IG Bergbau und Energie haben den Anpassungsplan gutgeheißen.“ Und der RAG-Aufsichtsratsvorsitzende Kemper lobte laut „Handelsblatt“ vom 3. 7. 1971 „die Bereitschaft der IGBE, an den Anpassungsmaßnahmen mitzuarbeiten.“

Für die Bergarbeiter-Gewerkschaft hat sich eine außergewöhnliche Situation herausgebildet. Das Fehlen einer Perspektive, die auf die Zurückdrängung der Macht der Großkonzerne zielt und die mangelnde Alternative zum staatsmonopolistischen System bei den Spitzen der SPD und der Gewerkschaftsleitung gehören zu den Hauptursachen der wachsenden Existenzunsicherheit der Bergarbeiter. Bisher wurden lediglich Versprechun-

gen gemacht, aber auch mit Sozialplänen sind die anstehenden Probleme nicht ausreichend zu lösen. So gibt es keine befriedigende Aussage darüber, was mit gesundheitlich angegriffenen Bergarbeitern, die ihre Rentenbedingungen noch nicht erfüllt haben, werden soll. Ruhrkohlen-Vorsitzender Kuhke antwortete in einer Pressekonferenz nach der Bekanntgabe der Stilllegungen auf die Frage nach staatlichen Garantien für die soziale Sicherung der Belegschaften: „Keine Garantien, aber politische Erklärungen, in denen der sozialen Absicherung eine hohe Priorität zuerkannt wird.“ (Werkszeitschrift Ruhrkohle Nr. 7).

Bergarbeiter sollen weiterhin Wanderarbeiter bleiben, die zum Teil weite Arbeitswege in Kauf nehmen müssen. Erhalten sie von der Ruhrkohle AG eine neue Wohnung, so werden

die Doppelte ihrer bisherigen Miete bezahlen. Die Belegschaften an der Ruhr reduzieren sich bis 1980 um die Hälfte. Auf einen aktiven Bergmann werden in Zukunft mindestens 4 Rentenfälle kommen. Die Bundeszuschüsse zur Knappschaftsversicherung müßten sich demnach auf 6 bis 7 Milliarden DM pro Jahr verdoppeln. Es besteht aber durchaus die Gefahr von Rentenkürzungen.

Die „geräuschlosen Tarifabsprachen“ — magere 7,3 Prozent! — und die Einführung einer neuen Lohnordnung haben mit ihren negativen Auswirkungen zu berechtigter Empörung der Kumpel geführt. Nach den letzten Lohnzahlungen suchte mancher die Lohnerhöhung vergeblich und es gab sogar Fälle, wo der Lohn niedriger war als vor der Lohnerhöhung. Die Tarifparteien haben die Einführung weiterer Leistungslohnverfahren vereinbart. Alle Maßnahmen der Ruhrkohle AG sind auf das angestrebte Förderziel von 8 Tonnen pro Mann und Schicht bis 1980 ausgerichtet.

Der Interessenkonflikt zwischen den Konzernherrn und Bergarbeitern verschärft sich — er kann nicht überbrückt werden. Wenn sich die IGBE nicht selbst in Frage stellen will, muß sich die Gewerkschaftsleitung klassenorientierter verhalten. In Betrieben und Ortsgruppen ist bei Mitgliedern und Funktionären der IGBE ein wachsendes Unbehagen festzustellen. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter darf nicht in die Ruhrkohle AG integriert werden. Manfred Sokolof

2. Parteitag der DKP

Vom 25. bis 28. November 1971 wird die Deutsche Kommunistische Partei in Düsseldorf ihren 2. Parteitag abhalten. Die zweijährige politische Tätigkeit der DKP macht diesen Parteitag auch für sozialdemokratische, christliche und parteilose Gewerkschafter interessant. Nachdem sich die SPD selbst als Volkspartei verstanden wissen will und mit ihrem Programm ebenso wie in ihrer praktischen Politik die bestehende spät-kapitalistische Gesellschaftsordnung verteidigt, kann die DKP zu Recht das Prädikat, die einzige Arbeiterpartei in der Bundesrepublik zu sein, für sich in Anspruch nehmen. Das beweist aber gleichzeitig ihr enges und positives Verhältnis zu den Gewerkschaften, die sie als Kampforganisationen der Arbeiter versteht.

Die über einhundertjährige Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland hat die politische Kraft der deutschen Arbeiterklasse vielfach bewiesen. Die DKP ist berufen, in ihrer Politik die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung fortzusetzen, und sie steht fest an der Seite der sozialistischen und antiimperialistischen Bewegungen und

Aktionen in der ganzen Welt. Die feste Verbundenheit mit der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung prägt das Gesicht dieser Partei. Es ist darum kein Wunder, daß die herrschende Klasse in der Bundesrepublik die DKP mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und sich dabei auf den blinden Antikommunismus der sozialdemokratischen Parteiführung stützen kann. Dabei wird das seit 1956 bestehende Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), wie das Gutachten des Bundesverfassungsschutzamtes beweist, in der Öffentlichkeit dazu benutzt, die DKP mit der Drohung, sie als Nachfolgeorganisation der KPD aufzulösen, unter Druck zu setzen und politisch zu erpressen.

Der Parteitag der DKP findet in einer, nicht nur für diese Partei angespannten Atmosphäre statt, die Gewerkschaften sind grundsätzlich an einer starken sozialistischen Arbeiterpartei interessiert und deshalb sollten sie sich energischer für eine Aufhebung des KPD-Verbotes einsetzen, damit die DKP sich ungehindert zu einer starken Partei entwickeln kann. sr

Lehren aus dem Chemiestreik

Den Chemiekonzernen ging es nicht nur um Geld — sie wollten eine Machtprobe mit den Gewerkschaften

Vor der IG Chemie-Papier-Keramik wie auch anderen Gewerkschaften steht die Aufgabe, sich mit der Anfang Juli zu Ende gegangenen Tarifbewegung in der chemischen Industrie zu beschäftigen und für künftige Klauseauseinandersetzungen Lehren zu ziehen. Zweifellos gehören die Warn- und Schwerpunktstreiks, an denen sich rund 100 000 Arbeiter und Angestellte beteiligten, zu den bedeutungsvollsten Kämpfen der Arbeiterklasse der letzten Jahre.

Verlauf und Ergebnisse der Chemie-Tariffbewegung (vgl. NACHRICHTEN 7/71, S. 2/3) waren ein Zeichen dafür, daß das Großkapital und seine Unternehmerverbände einen großangelegten Angriff auf die Forderungen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften eingeleitet haben. Dabei stand die Bundesregierung eindeutig auf seiten der Chemiemonopole und zeichnete mit ihren Orientierungsdaten für den negativen Kompromiß von nur 6,9 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung, was einem Lohndiktat gleichkommt, mitverantwortlich.

Den Chemiemonopolen ging es nicht allein um Mark und Pfennig, sondern um eine politische Machtprobe gegen die Gewerkschaften. Wie BDA-Geschäftsführer Eichler betonte, wollten sie mit ihrem Widerstand eine „bundesweite Auseinandersetzung“ verhindern und einen „Beitrag zur Erhaltung der Autonomie freier, der Gesamtwirtschaft verpflichteter Tarifpartner“ leisten. Mit dem Bonner Lohndiktat sollte vor allem eine Signalwirkung der chemischen Industrie auf die Beschäftigten anderer Zweige, insbesondere auf die Metallindustrie, verhindert werden. Umso notwendiger ist es, daß die IG Metall in Vorbereitung auf die Tarifbewegung im Herbst kritische Lehren und Schlußfolgerungen aus der Chemielohnbewegung zieht und vorhandene Fehler nicht wiederholt.

Im Gegensatz zu den Chemiemonopolen hat die IG Chemie den von den Unternehmern aufgezwungenen Arbeitskampf nur unzureichend vorbereitet. Während die Chemieindustriellen schon Ende vergangenen Jahres große Vorratslager anlegten, einen Millionenkampfund organisierten und Sandkastenspiele gegen die IG Chemie durchexerzierten, versäumte es die IG Chemie, ihre Mitglieder allseitig aufzuklären und für die kämpferische Durchsetzung der Forderung von 12 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung zu mobilisieren. Das wäre umso notwendiger gewesen, da es seit 50 Jahren in diesem Industriezweig keine Streiks gab, und es den Gewerkschaftern an entsprechenden Kampferfahrungen mangelte.

Besonders nachteilig hat sich ausgewirkt, daß der Hauptvorstand der IG

Chemie von vornherein nicht entschlossen war, für die volle Durchsetzung der 12prozentigen Forderung den Kampf gegen die Chemieunternehmer zu führen. Das schwächte die Kampfbereitschaft der Chemiarbeiter. Ferner wurde von den Arbeitern und Angestellten heftig kritisiert, daß der Hauptvorstand eigenmächtig die Forderung bei den Schlichtungsverhandlungen auf 9 Prozent reduzierte, während die Unternehmer auf ihrem provokativen 5-Prozent-Angebot verharren. Außerdem hat sich erneut gezeigt: eine politische Schlichtung hat die Funktion, die Kampfschlossenheit der streikenden Arbeiter und Angestellten zu untergraben. Als am 2. Juli das Bundeskanzleramt sich in den Kampf einschaltete, hat der Hauptvorstand auf eine bereits beschlossene Ausweitung der Streikfront verzichtet.

So richtig es war, den Arbeitskampf mit Schwerpunktstreiks und anderen punktuellen Aktionen ohne Urabstimmung zu beginnen, so notwendig wäre es gewesen, die Kampffront zu erweitern und vor allem mehr Großbetriebe in die Aktionen einzubeziehen. Die These vom Chemievorsitzenden Hauenschild, die Streikfront wäre bei Beginn der politischen Schlichtung in Bonn am Abbröckeln gewesen, muß als reine Schutzbehauptung gewertet



Fortschreitende Konzentration des Kapitals

Ein neues Gutachten über die Verteilung des Vermögens in der Bundesrepublik hat die Tatsache bestätigt, daß sich der Besitz an Produktivkapital weiter konzentriert. Jürgen Siebke, Mitarbeiter am Krelle-Gutachten, hat im Auftrag der Bundesregierung die damaligen Ergebnisse bis zum Jahre 1966 fortgeschrieben. Sein Ergebnis: Während im Jahre 1960 70 Prozent des Produktivkapitals im Besitz von 1,7 Prozent der privaten Haushalte waren, verfügten 1966 die 1,7 Prozent der Haushalte über 73,5 Prozent des Eigentums an Unternehmungen. Nach wie vor also befinden sich die Produktionsmittel in der Bundesrepublik in den Händen nur weniger „Reicher und Superreicher“.

werden, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Die Beschäftigten mehrerer Großbetriebe — z. B. Röhm und Has in Darmstadt und Henkel in Düsseldorf — waren ebenfalls bereit, sich der Streikfront anzuschließen.

Allerdings war nicht zu übersehen: in den beiden Chemiegierten, Farbwerke Hoechst und Bayer Leverkusen, gab es gewisse Schwierigkeiten, diese Belegschaften von den durchgeführten Warnstreiks zum Vollstreik zu führen. Die Ursachen lagen neben dem unzureichenden Organisationsgrad vor allem darin, daß es in den Stammwerken dieser Konzerne keine gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper gibt. Vor Jahren hat sich dort — wie auch bei der BASF in Ludwigshafen — die IG Chemie auf Betriebsvereinbarungen eingelassen, nach denen der gewerkschaftliche Vertrauensleutkörper in einen betrieblichen Vertrauensleutkörper umfunktionierte. Dieser Vertrauensleutkörper hat sich zu einem verlängerten Arm des Betriebsrates entwickelt und fühlt sich nicht an die gewerkschaftlichen Beschlüsse gebunden. Diese Organe geben einen Vorgeschmack auf die Funktionen der geplanten Arbeitsgruppensprecher nach dem Regierungsentwurf zum Betr.VG. Offensichtlich hatte bei den IG-Farben Nachfolgern die Konzernleitung auf diese „Vertrauensleutkörper“ einen größeren Einfluß als die IG Chemie. Die Gewerkschaft wäre gut beraten, wenn sie diese Betriebsvereinbarungen aufkündigt und entsprechend der eigenen Richtlinien wieder gewerkschaftliche Vertrauensleutkörper, die nur den Interessen der Mitglieder verpflichtet sind, aufbauen würde.

Während der Chemie-Tariffbewegung sind tausende Arbeiter und Angestellte der Gewerkschaft beigetreten und viele Mitglieder erhöhten ihre Beitragssätze. Jetzt wird es notwendig sein, die gewerkschaftliche Aktivität zu erhöhen und das im Kampf gewachsene Bewußtsein durch eine entsprechende Bildungsarbeit weiterzuentwickeln. Nach dem negativen Abschluß ist in vielen Betrieben die Forderung laut geworden, die innergewerkschaftliche Demokratie auszubauen und den Einfluß der Mitglieder auf gewerkschafts- und lohnpolitische Entscheidungen zu verstärken.

Diese Erfahrungen sollten insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung der Metalltarifrunde beherzigt werden. Nicht zuletzt haben diese Aktionen für höhere Löhne deutlich gemacht wie notwendig es ist, die von den Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung und ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen. Fortschritte auf diesem Gebiet erleichtern nicht nur die Verwirklichung einer aktiven Lohnpolitik, sondern dienen auch den weitergehenden Zielen, die überlebten Macht- und Herrschaftsstrukturen des Großkapitals zurückzudrängen.

Werner Petschick

IGM: Lohnkampf vorbereiten

Unabhängige Lohnpolitik statt staatliche Lohnleitlinien Erhöhung der Kaufkraft stärkt Konjunktur

Die IG Metall steht vor einer Bewährungsprobe. Sie muß eine entscheidende Lohnbewegung einleiten und durchführen. Für die rund 4,3 Millionen Beschäftigten in der Metallindustrie und ca. 320 000 in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik können mit einmonatiger Frist, erstmals zum 30. September (Bayern 31. Oktober), die bestehenden Lohn- und Gehaltsabkommen gekündigt werden. Inzwischen läuft die Werbetrommel der Unternehmer, ihrer Interessenverbände und aller davon berührten staatlichen Instanzen, vor allem des Wirtschaftsministeriums, auf Hochtönen, um die öffentliche Meinungsbildung dahingehend zu manipulieren, daß gewerkschaftliche Lohnforderungen über 6 bis 7 Prozent die Preise weiter in die Höhe treiben, die Inflation forcieren und unsere gesamte Wirtschaft aufs äußerste gefährden.

Zu allen Zeiten und in allen bisherigen Lohnkämpfen wurden die Unternehmerargumente, die Lohnerhöhungen trieben die Preise, reduzierten die Gewinne für notwendige Investitionen und gefährdeten die Arbeitsplätze, mehr oder weniger modifiziert aufpoliert. Es geht den Unternehmern, vorweg den tonangebenden Konzernen, im Prinzip darum, ihre hohen Profitraten und demzufolge auch den Anteil ihrer Eigenfinanzierung, bei zunehmenden Investitionen zu halten und zu steigern. Wenn aber die Arbeiter von dem von ihnen geschaffenen Neuwert den Lohnanteil vergrößern wollen, so kann das nur auf Kosten des von den Unternehmern angeeigneten Teils des Mehrwertes oder des Profites geschehen. Um diesen Verteilungskampf geht es einzig und allein.

In einem in „Die Quelle“ 11/70 veröffentlichten Artikel heißt es, daß nach der Zielprojektion des DGB die Kaufkraft der Arbeitsverdienste sich 1971 um 6 Prozent erhöhen soll. Um das zu erreichen, müßte bei einem durchschnittlichen Preisanstieg von 3 Prozent und einer Zunahme der Beschäftigten um 1 Prozent die Erhöhung der Gesamtlohnsumme etwa 10,5 Prozent betragen. Dazu schreibt „Die Quelle“ wörtlich: „... Dies gilt allerdings nur, wenn zu den genannten Bedingungen noch die Rückzahlung der vorausbezahlten Steuerbeträge und die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages hinzukommt. Ohne diese Voraussetzungen würden die verfügbaren Realeinkommen der Arbeitnehmer weniger stark ansteigen, so daß eine stärkere Erhöhung der Bruttolöhne notwendig wäre.“

Wenn aber der Preisanstieg nicht nur 3, sondern 5 Prozent und mehr beträgt (in NRW lag er bei einem Vier-Personen-Haushalt von Mai 1970 bis Mai 1971 bei 6,1 Prozent) und die belastenden Auswirkungen der Steuerprogression (auf 1 Prozent erhöhten Verdienst 2,5 Prozent erhöhte Lohnsteuer) noch hinzugerechnet werden,

dann ist die in den Betrieben diskutierte und in den Gewerkschaftsspitzen umstrittene Lohn- und Gehaltsforderung von 15 Prozent weder übertrieben noch ist sie eine Propagandalosung — sie ist einfach gerechtfertigt.

Außerdem ist der Einkommensanteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen, der zum Beispiel von 1961 bis 1965 von 46,5 auf 48,3 Prozent angestiegen war, seit 1966 rückläufig. In diesem Jahr betrug er 48,2 Prozent und ging dann bis 1970 auf 46,3 Prozent herunter. (DIW-Mitteilungen 51/52/70). Die Realitäten sehen zum Teil so aus, daß viele Metallarbeiter mit ihrem Monatseinkommen ohne Überstunden bei nur einem Verdienst in einem Vier-Personen-Haushalt in der Nähe des Existenzminimums leben.

In den Zeiten abgeschwächter Konjunktur ist es notwendig, die Kaufkraft zu stärken und nicht die Arbeiter und Angestellten zum Konsumverzicht zu zwingen. Selbst das renommierte Wirtschaftsforschungsinstitut in Westberlin (DIW) stellt, entgegen allen bisherigen Unternehmer- und Regierungsargumente fest, in der nächsten Zeit würde es sich erweisen, daß der private Verbrauch die wichtigste Stütze der konjunkturellen Entwicklung sei. (Frankfurter Rundschau vom 14. 5. 1971.)

Aber das letzte Wort über die Höhe der aufzustellenden Forderungen haben die Mitglieder und die Vertrauensleute der IG Metall, die unterste und tragende Basis der Organisation sowie die zuständigen Gremien der Großen Tarifkommission. Aus einer Anzahl von Betrieben und Vertrauensmännerkörpern, wie z. B. aus der Vertreterversammlung der IG Metall in Gelsenkirchen, liegen Entschlüsse vor, die auf Grund der wirtschaftlichen, sozialen und preispolitischen Situation eine Lohn- und Gehaltsforderung von 13 und 14 Prozent als gerechtfertigt verlangen. Auch

der Vertrauensleutkörper der Hoesch-Westfalenhütte AG Dortmund hat auf einer Sitzung am 23. 7. 1971 unter anderem beschlossen, eine lineare Lohnerhöhung von 0,75 DM pro Stunde und eine Anhebung der monatlichen Bezüge für Auszubildende (Lehrlinge) von 100 DM zu empfehlen.

Nach der gewerkschaftspolitischen Lage können die bereits getätigten Abschlüsse im Bergbau, in der Bauwirtschaft und der Chemieindustrie kein Modellfall für die Metall- und Stahlarbeiter sein. Das Tabu der Schiller'schen Orientierungsdaten muß durchbrochen werden. Die bisherigen unzureichenden Abschlüsse haben ihre Ursache in der Tolerierung der Bonner Regierungspolitik durch die Gewerkschaftsleitungen und in einer Verkennerung der Klassenposition. Man muß sich klar darüber sein, daß die SPD, die als Volkspartei vorgibt, auch die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmertums zu vertreten, nicht gleichzeitig die gewerkschaftlichen Grundsätze und Ansprüche konsequent vertreten kann.

Aus den Lohnkämpfen der letzten 2 Jahre sollten die Metall- und Stahlarbeiter die richtigen Lehren ziehen: Sofortige Mobilisierung und Aktivierung aller Metall- und Stahlarbeiter — Aufstellung klar formulierter Forderungen.

Breitesten Einbeziehung der Mitgliedschaft in die Tarifbewegung sowie ihre Mitentscheidung über die Ergebnisse der Lohnverhandlungen.

Lohn- und Gehaltsforderungen in gleicher Höhe für alle Bezirke.

Keine längere Laufzeit der Tarifverträge als 12 Monate — Lohnerhöhungen müssen sich effektiv auswirken.

Zur weiteren Schließung der Schere zwischen Effektiv- und Tariflohn sollte eine Vorweganhebung der Tariflöhne erfolgen — die stärksten und bestorganisiertesten Bezirke sollten zuerst den neuen Tarifvertrag abschließen.

Entschiedene Ablehnung aller Schlichtungsverfahren, die in der Praxis, besonders durch die sogenannten politischen Schlichter auf Länder- und Bundesebene, die Tarifhoheit einschränken.

Die in der Tarifbewegung 1969 und 1970 demonstrierte einheitliche gewerkschaftliche Kampfkraft wird auch im kommenden Lohnkampf der Metall- und Stahlarbeiter notwendig sein, um die Forderungen der IG Metall gegen den zu erwartenden schroffen Widerstand der Unternehmer und ihrer Interessenverbände durchzusetzen.

Heinrich Bramkamp

Kritische Zwischenbilanz

Jahr des jungen Arbeiters mit erfolgreichen Aktivitäten — aber Rückzug im Kampf um Betriebsverfassungsgesetz

„Insgesamt kann man sagen, daß unsere Erwartungen vom ‚Jahr des jungen Arbeitnehmers‘ bis jetzt schon übertroffen wurden. Wir werden noch systematischer und zielstrebigter weiterarbeiten.“ Das ist die Einschätzung der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand über die Aktivitäten in den ersten sieben Monaten des zum „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ deklarierten Jahres 1971. Der DGB weist in diesem Zusammenhang besonders auf eine Fülle von verbreitetem Material hin. So wurden im Rahmen einer Aufklärungs- und Agitationskampagne 20 000 Plakate „Du gehörst Dir — nicht den Bossen“ herausgegeben, außerdem 500 000 Broschüren zum Thema „Deine Rechte in Betrieb und Verwaltung“ und 100 000 Faltblätter mit Reformvorstellungen der Gewerkschaftsjugend zum Jugendarbeitsschutz und zur Berufsbildung.

Positiv vermerkt wird auch, daß die „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ von mehr als 100 DGB-Jugendkonferenzen auf Kreis- und Landesebene beraten wurde, denn dadurch seien Diskussionen und Beratungen „sehr viel ‚basisorientierter‘ als in der Vergangenheit“ gewesen. Meßbar wird die Resonanz der Orientierung auf Lehrlinge und Jungarbeiter auch dadurch, daß aus dem Heft „Deine Rechte in Betrieb und Verwaltung“ mehr als 10 000 vorgedruckte Antwortkarten zurückgeschickt wurden, obwohl sie von den Jugendlichen frankiert werden mußten. Schließlich verbucht die Gewerkschaftsjugend als weiteren Erfolg, daß die Zahl ihrer Lehrlings- und Jungarbeiterzentren von 50 auf 100 gesteigert werden konnte.

Das sind ohne Zweifel erfolgreiche Aktivitäten, die der Lehrlings- und Jungarbeiterbewegung in der Bundesrepublik neue Impulse gegeben haben. Trotzdem verlangen diese ersten sieben Monate auch eine kritische Zwischenbilanz:

Die bereits zitierten Jugendkonferenzen — und außerdem verschiedene Bundesjugendkonferenzen von Einzelgewerkschaften — hatten als Schwerpunkt des Arbeiterjugendjahres den Kampf gegen den Regierungsentwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz formuliert. Die Delegierten der verschiedensten Ebenen gewerkschaftlicher Jugendarbeit machten ihre Entschlossenheit deutlich, nicht in papiernen Protesten steckenzubleiben, sondern zur massenwirksamen, mobilisierenden Aktion überzugehen. „Sternmarsch auf Bonn“ — das war die meistgeäußerte Forderung zu diesem Schwerpunkt.

Der DGB-Bundesjugendausschuß griff die Forderung auf und diskutierte eine zentrale Aktion für den 18./19. September in Bonn. Diese Aktion — eine Kombination aus Arbeitstagung und Demonstration — sollte den Bundestagsabgeordneten noch vor der

zweiten Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes deutlich machen, daß die Gewerkschaftsjugend nicht bereit war, den reaktionären Regierungsentwurf kampflos hinzunehmen. Doch inzwischen stellt sich alles anders: der DGB-Bundesjugendausschuß hat zum Rückzug geblasen. Nun soll es keine Aktionen geben mit der Begründung, das Betriebsverfassungsgesetz sei ohnehin „gelaufen“. Und wer beim DGB-Bundesvorstand das „Jugendpolitische Forderungsprogramm“ anfordert, dem wird mitgeteilt: „Das Fallblatt ‚Mehr Rechte für Jugendvertreter‘ erscheint nicht, da die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaftsjugend in dem Novellierungsentwurf der Bundesregierung (zum Betriebs-

verfassungsgesetz, F.H.J.) berücksichtigt wurden. Noch nicht berücksichtigte Forderungen hoffen wir auch noch durchsetzen zu können.“ Daß die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften vom Regierungsentwurf eben nicht berücksichtigt werden, macht ein Vergleich von DGB- und Regierungsentwurf auf den ersten Blick deutlich (Nachrichten berichtete ausführlich darüber).

Inzwischen steht der — für die Gewerkschaftsjugend bindende — Beschluß des Bundesjugendausschusses im Feuer der Kritik. Der DGB-Landesbezirksjugendausschuß Nordrhein-Westfalen protestierte ebenso heftig dagegen, wie eine Zusammenkunft von Vertretern der Lehrlingszentren dieses Bundeslandes. In verschiedenen Städten bereiten die Arbeiterjugendverbände Informationsstände und örtliche Aktionen gegen den BetrVG-Regierungsentwurf vor. Sie sind der Auffassung, daß der Kampf gegen dieses reaktionäre Gesetz auch weiterhin Kernstück des Arbeiterjugendjahres bleiben muß.

Im übrigen: neben dem Kampf gegen den BetrVG-Entwurf stehen andere wichtige Forderungen gewerkschaftlicher Jugendkonferenzen. Sicher wird auf der DGB-Bundesjugendkonferenz (im November 1971 in Dortmund) der Erfolg aller Aktivitäten im Jahr 1971 auch daran gemessen, welche Bedeutung diese Beschlüsse für eine breite Mobilisierung der arbeitenden Jugend hatten und haben.

Hans-Jörg Hennecke

Jugendarbeit in der BASF

Die Badischen Anilin- und Sodafabriken (BASF) in Ludwigshafen gehören zu den wenigen Betrieben, in denen es Jugendvertrauensleute gibt. Dies ist ein zukunftsweisender Schritt zur gewerkschaftlichen Organisation und Aktivierung der Lehrlinge und Jungarbeiter. In der BASF wird in allen Abteilungen, in denen Lehrlinge und Jungarbeiter beschäftigt werden, Jugendvertrauensmänner gewählt. Diese bilden dann den Jugendvertrauensleutkörper. Zur Zeit besteht er aus 80 Jugendlichen, die sich regelmäßig während der Arbeitszeit nach Feierabend treffen, um ihre Probleme und die Aufgaben, die vor ihnen liegen, zu diskutieren.

Es ist gewiß eine Tatsache, daß fünf Jugendvertreter für 3000 Lehrlinge — wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt — zu wenig sind, um eine effektive Vertretung der Lehrlinge zu gewährleisten. Dieser Zustand soll auch durch den neuen Regierungsentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz kaum verändert werden, denn zwei Jugendvertreter mehr als bisher sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Hier setzt die Aufgabe der Jugendvertrauensleute ein. Durch sie wird eine breitere Vertretung der Jugendlichen ermöglicht, denn diese Jugendvertrauensleute üben eine Kontrolle über die Jugendvertretung aus, sam-

meln die auftretenden Problem und tragen sie weiter.

Natürlich haben die jungen Gewerkschafter mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die größten Schwierigkeiten kommen dabei von der Lehrwerkstättenleitung. Dort nannte man die Jugendvertrauensleute „Gruppensprecher“ und faßte sie als „Ausübungsorgane“ der Lehrwerkstättenleitung auf. Sie sollten aufpassen, daß der Ausbildungsprozeß „geordnet“ abläuft und man wollte sie auch gegen die gesamte Jugendvertretung ausspielen. Das aber ist der Lehrwerkstättenleitung — nicht zuletzt durch die Initia-

Lehrlinge im Lohnkampf

Chemiekonzerne setzten Lehrlinge unter Druck DGB-Rechtsabteilung bestätigt: Lehrlinge haben Streikrecht

In Heft 5/71 veröffentlichte NACHRICHTEN einen grundsätzlichen Artikel zur Frage des Lehrlingsstreikrechtes. Die in diesem Artikel vertretene Auffassung ist inzwischen durch eine Erklärung der DGB-Rechtsabteilung unterstützt worden. In dieser Erklärung heißt es: „Nach § 10 des Berufsbildungsgesetzes hat der Auszubildende dem Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. Die Festsetzung der Vergütung erfolgt durch Einzelvertrag oder durch Tarifvertrag ... Da die Festsetzung der Vergütung Gegenstand eines Tarifvertrages sein kann, kann zur kampfwisen Durchsetzung dahingehender Tarifforderungen auch ein Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel in Betracht kommen. Es bestehen mithin keine Bedenken, auch ein Streikrecht für Lehrlinge anzuerkennen.“

Diese Auffassung der DGB-Rechtsabteilung machte sich der Hauptvorstand der IG Chemie, Papier, Keramik zu eigen, als in der letzten Tarifaussinandersetzung Verhandlungen um die Lehrlingsstarife entstanden. Der Hauptvorstand rief die Lehrlinge auf, ebenfalls aktiv am Lohnkampf teilzunehmen. Diese Aufforderung stieß auf eine lebhaft Resonanz bei den Lehr-

lingen. Obwohl die Unternehmensleitungen mit massiven Einschüchterungsversuchen Lehrlinge und jugendliche Arbeiter von einer Teilnahme am Lohnstreik abhalten wollten, unterstützten die jungen Gewerkschafter in fast allen im Streik befindlichen Betrieben die Forderungen der IG Chemie mit Nachdruck und beteiligten sich mit ihren älteren Kollegen am Streik.

tive der Gewerkschafter unter den Jugendvertrauensleuten — nicht gelungen.

Nun versuchten allerdings einige Gewerkschaftssekretäre, die Jugendvertrauensleute lediglich als Vermittler von Informationen zu den Lehrlingen zu benutzen. Die Jugendvertrauensleute konnten also die Frage, wie gewerkschaftliche Jugendpolitik aussehen soll, nicht mitentscheiden. Aber als beispielsweise der Jugendsekretär der IG Chemie in Rheinland-Pfalz/Saar kurzfristig eine von den Jugendvertrauensleuten beschlossene Demonstration absagte, führten diese sie trotzdem durch — und die Demonstration wurde ein Erfolg! 600 Lehrlinge der BASF nahmen daran teil und demonstrierten für die prozentuale Entlohnung vom Facharbeiterlohn, für generelle Freistellung am Berufsschulstag und für die freie Fahrt zum Betrieb.

Überhaupt wurde und wird die gesamte Lehrlingsstarifbewegung in Ludwigs-hafen vom Jugendvertrauensleutkörper der BASF getragen. Die nächsten Aufgaben, die die Jugendvertrauensleute lösen wollen, sind:

Absicherung ihrer rechtlichen Stellung durch eine Betriebsvereinbarung; Verhinderung der Stufenausbildung bzw. die Abschaffung der Stufenausbildung; Einflußnahme auf das Ausbildungssystem der BASF, das allein nach den Bedürfnissen des Chemiekonzerns ausgerichtet ist.

Martin Schlichenmaier

Diese Aktivität der Lehrlinge ist einmal auf die Tatsache zurückzuführen, daß die IG Chemie angemessene Forderungen für die Lehrlinge stellte. So forderte sie zum Beispiel im Tarifbezirk Hessen für Lehrlinge, deren Lehre vor Vollendung des 18. Lebensjahres begann, 30, 40, 45 und 50 Prozent des Facharbeiterlohnes im ersten bis vierten Lehrjahr und für Lehrlinge, die bei Lehrbeginn das 18. Lebensjahr vollendet hatten, 40, 50, 55 und 60 Prozent. Ferner verpflichtete sich der Hauptvorstand der IG Chemie zu sofortigem Rechtsschutz in allen Fällen von Maßregelungen oder Repressalien. Nicht zuletzt aber war es die seit Verabschiedung des jugendtarifpolitischen Programms der IG Chemie geleistete intensive Arbeit unter den Lehrlingen, die zu dieser gewerkschaftspolitischen Aktivität der Lehrlinge führte.

Die überraschten Unternehmer reagierten heftig auf das entschiedene Verhalten der Lehrlinge. Nach ihrer Vorstellung haben die Lehrlinge nur stupide ihre fachliche Ausbildung zu verfolgen, ohne berechtigt zu sein, sich Gedanken über die Verbesserung ihrer Ausbildung und über ihre soziale Lage zu machen. Es soll ihnen verwehrt sein, schon als junge Menschen bewußt Erfahrungen im Klassenkampf zu sammeln.

Zunächst versuchten es verschiedene Unternehmensleitungen mit plumpen Einschüchterungsversuchen. So behauptete die Ausbildungsleitung der Farbwerke Hoechst in einem Brief an die Auszubildenden: „Wir möchten

darauf hinweisen, daß Auszubildende sich nicht an Arbeitskämpfen beteiligen dürfen, weil dadurch die Ausbildung gefährdet ist. Das steht auch in den Richtlinien der IG Chemie ... Die Teilnahme an Arbeitskämpfmäßigkeiten, gleich welcher Art, würde die fristlose Kündigung des Auszubildungsverhältnisses rechtfertigen.“ Ähnliche Briefe gab es im Bayer-Konzern. Die Leitung des Werkes Uerdingen schickte Briefe an Lehrlinge, die sich an einer Kundgebung der IG Chemie in Köln beteiligt hatten. In diesen Briefen sollte den Lehrlingen eingeredet werden, es bestände ein „besonderes Treueverhältnis“ zwischen den Auszubildenden und den Ausbildern, und zum Schluß heißt es: „Ihr Verhalten war ordnungswidrig und tadelnswert. Wir erteilen Ihnen deshalb eine strenge Verwarnung.“ Die Bayer-Lehrlinge reagierten auf ihre Weise und richtig: Die Briefe wurden bei einer Kundgebung öffentlich verbrannt. Die Werksleitung der Chemischen Werke Hüls ließ es bei solchen „Verwarnungen“ nicht bewenden, sie kündigte zwei Lehrlinge wegen der Teilnahme am Streik fristlos. Die IG Chemie räumte den beiden Gekündigten sofort Rechtshilfe ein, und die Unternehmensleitung nahm daraufhin die Kündigung zurück.

Daß bedauerlicherweise unter den Arbeitsrechtlern in den Gewerkschaften bezüglich des Lehrlingsstreikrechtes dem DGB-Gutachten entgegengesetzte Meinungen geäußert werden, zeigte sich an dem Beispiel des Rechtsgutachters der IG Druck und Papier, Dr. Frey, der das Lehrlingsstreikrecht unter Berufung auf Unternehmerargumente in Frage stellt. Daß sich die Unternehmer derartige rechtliche Fehlleistungen sofort zunutze machen, stellte die Ausbildungsleitung der Farbwerke Hoechst unter Beweis. Sie bezog sich in ihrem Schreiben an die Lehrlinge auf das Gutachten Dr. Freys und stellte fest: „Dieses Gutachten kam zum selben Ergebnis wie die herrschende Lehre.“ Die herrschende Lehre aber ist immer die Lehre der herrschenden Klasse.

Die Farbwerke Hoechst bewiesen auch, daß sich die Unternehmer nicht scheuen, Lehrlinge für Streikbrecherarbeit zu mißbrauchen, obwohl sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit lauthals betonten, die Lehrlinge ständen in einem „Ausbildungsverhältnis“. Weil bei Hoechst auch das Küchenpersonal streikte, wurden die Lehrlinge zum Kartoffelschälen herangezogen.

Der vergangene Lohnkampf der IG Chemie beweist, daß die Lehrlinge sich nicht mehr mit der Rolle der „kleinen Bierholer“ zufrieden geben. Sie sind bereit, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln — auch mit einem Streik — ihre Interessen durchzusetzen. Die bevorstehende Tarifrunde in der Metallindustrie wird das erneut unter Beweis stellen.

Wolfgang Bärtels

Städtebauförderungsgesetz

**Städtebauförderungsgesetz verhindert den Bodenwucher nicht
Bodenspekulanten verdienen 50 Milliarden DM**

Nach jahrelangem politischen Tauziehen hat der Bundestag das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet. Die Hoffnung vieler Mieter, Bauparar und Kommunalpolitiker, daß mit diesem Gesetz die Bereicherung der großen Bodeneigentümer — Banken, Versicherungskonzerne, Großgrundbesitzer und Makler — auf Kosten der Allgemeinheit Einhalt geboten werden könnte, wird jedoch nicht in Erfüllung gehen. Das offenbar schon die Konzeption, mit der dieses Gesetz entworfen wurde. Bundeswohnungsbauminister Lauritzen formulierte sie wie folgt: „Wer mit dem unternehmerischen Ziel einer produktiven Verwendung von Grundstücken an den Bodenmarkt herangeht, wird durch diese Reform begünstigt werden.“

50 Milliarden DM sind in den letzten 10 Jahren von gewinnstüchtigen Bodeneigentümern und Spekulanten beim Verkauf von Ackerland zu Siedlungszwecken als „Veräußerungsgewinne“ vereinnahmt worden. Nach Schätzungen des Bundeswohnungsbauministeriums werden bis 1980 weitere 50 bis 80 Milliarden DM auf die gleiche Weise in die Taschen der großkapitalistischen Haie am bundesrepublikanischen Bodenmarkt fließen. Dabei sind die Werterhöhungen innerhalb der bebauten Gebiete noch nicht einmal berücksichtigt. Der mit der bayerischen CSU eng verbundene Milliardär, August von Finck, dem in der Umgebung Münchens 200 Hektar Boden gehören, wird durch infolge der Grundstücksspekulationen rapide anwachsenden Bodenpreise jeden Tag um eine Million DM reicher, ohne dafür einen Finger zu rühren oder auch nur eine DM zu investieren.

Bezahlen muß diese riesenhaften Spekulationsgewinne, die in der Bundesrepublik beim Handel mit Bauland gemacht werden, der kleine Mann: Als Steuerzahler bringt er die Mittel für die Erschließungskosten auf, die den Wert des Bodens über Nacht in schwindelhafte Höhe schnellen lassen; als Mieter und Erwerber von kleinem Haus- und Wohnungseigentum zahlt er mit hohen Mieten und Belastungen und als Konsument mit hohen Preisen, weil hohe Mieten und Grundstückspreise von den Industrie-, Handels- und Handwerksbetrieben in die Preiskalkulationen übergewälzt werden.

Der Bodenwucher ist eine der Ursachen für die Finanznot der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik. Steigende Bodenpreise verteuern die Investitionen für den Bau von Wohnungen, Schulen, Sportanlagen, Verkehrsanlagen, die Sanierung der Slums, kurz, alle Baumaßnahmen, die in Städten und Gemeinden im Interesse der Bevölkerung notwendig sind. Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann konnte deshalb nicht umhin, vor dem Städtetag 1971 in München, der unter dem bezeichnenden Thema stand „Rettet unsere Städte jetzt“ zu

erklären: „Eine der Quellen städtischer Not... ist die Bodenspekulation.“

Das Städtebauförderungsgesetz kann keinen grundlegenden Wandel bewirken, weil es das großkapitalistische Bodenmonopol unangetastet läßt. Obwohl selbst der Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz unter Hinweis auf das im Grundgesetz verankerte Bekenntnis zum Sozialstaat, eine gesetzliche Änderung der Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden befürwortet, wird auch in den Ballungsgebieten der Boden nicht, in Übereinstimmung mit Artikel 15 des Grundgesetzes, in kommunales und genossenschaftliches Gemeineigentum überführt.

Die Gemeinden erhalten lediglich das Recht, für Sanierungsmaßnahmen

dringend benötigte Grundstücke auch gegen den Willen der Eigentümer zu erwerben. Dabei aber sollen die Eigentümer „angemessen“ nach dem Verkehrswert entschädigt werden. Nach Abschluß der Sanierung haben die Gemeinden die Grundstücke wieder zu reprivatisieren, wobei den ursprünglichen Eigentümern das Recht auf Wiedererwerb eingeräumt wird. Abgesehen von den unklaren Formulierungen dieser Gesetzesbestimmungen, die Gemeinden und Städten zu zahlreichen neuen Prozessen zwingen werden wird deutlich, daß sie keineswegs auf die Einschränkung der Bodenpreisspekulation hinzielen. Es bleibt also grundsätzlich bei der Freigabe der Bodenpreise, wie sie die CDU/CSU, die 20 Jahre in Bonn Regierungspartei war, verfügt hat. Die großkapitalistischen Bodenspekulanten können weiterhin Milliarden DM an Gewinnen einstreichen.

Wie wenig das Städtebauförderungsgesetz den Interessen der Mieter und Erwerber von kleinem Haus- und Wohnungseigentum sowie den Interessen der Gemeinden entspricht, macht ein bissiger Kommentar in der Süddeutschen Zeitung deutlich. Es hieß dort: „In Italien hat dieser Tage ein Reformgesetz für den Volkswohnungsbau das Parlament passiert, daß den Kommunen erhebliche Rechte einräumt und demgegenüber unser Städtebauförderungsgesetz fast Makulatur sein dürfte.“ Dem ist nichts hinzuzusetzen — es bleibt auch nach diesem Gesetz in der Bundesrepublik dabei, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger weiter zahlen müssen, solange nicht ein wirklich demokratisches Bodenrecht durchgesetzt wird.

p. l.

Ein „Arendt-Plan“

**Bundesarbeitsministerium legt Gesetzesentwurf
für bescheidene Rentenreform vor**

Der Bundesarbeitsminister Walter Arendt hat Reformpläne für eine Verbesserung der Renten veröffentlicht. Mit einem Gesetzentwurf will sein Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die flexible Altersgrenze einführen und die Versorgung für Kleinrentner, Hausfrauen und Selbständige verbessern. Nach den Vorstellungen des Bundesministers soll die Vorlage bis 1973 die parlamentarischen Hürden genommen haben.

Im einzelnen sieht der Entwurf des Bundesarbeitsministers Walter Arendt zur „Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung“ vor:

Nach mindestens 35 Versicherungsjahren sollen Arbeiter und Angestellte frei entscheiden, ob sie ihre Altersrente beziehen oder weiterarbeiten wollen. Wer sich allerdings für einen vorzeitigen Rentenbezug entscheidet, erhält eine um fünf Prozent gekürzte

Rente, kann aber monatlich bis zu einem Viertel der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze dazuverdienen. Das wäre für 1973 575 DM.

Kleinrentner erhalten eine Lohnkorrektur nach oben. Für ihre Versicherungszeit werden Mindestarbeitsentgelte in Höhe von zwei Drittel des Durchschnittsentgeltes aller Versicherten unterstellt. Eine gegenwärtige Rente von 300 DM würde z. B. nach

900 Millionen fehlen

Arbeitslosenversicherung erhöht Beiträge von 1,3 auf 1,8 %

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, hat die Bundesregierung aufgefordert, zum 1. Januar 1972 den Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung von 1,3 auf 1,8 Prozent zu erhöhen. Stingl, einer der Sozialexperten der CDU, begründet diese Forderung mit der Feststellung, für den Etat der Bundesanstalt bestehe im Jahre 1972 eine Deckungslücke von 900 Millionen DM. Damit haben sich schneller als erwartet die Warnungen der Gewerkschaften bestätigt, die vorausgesehen hatten, daß mit der im Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) festgelegten verstärkten Verwendung von Mitteln der Arbeitslosenversicherung für Fremdaufgaben der Ausverkauf dieses Zweiges der Sozialversicherung betrieben werde.

Auch in den NACHRICHTEN (s. „Lasten falsch verteilt“, NA 2/71) wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß infolge dieser Politik bei erhöhter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Arbeitslosenversicherung nicht mehr in der Lage sei, ihrer Leistungspflicht gegenüber Arbeitslosen und Kurzarbeitern nachzukommen, und die Arbeiter und Angestellten zu höheren Beitragsleistungen verpflichtet würden.

Der 8. DGB-Bundeskongreß hatte deshalb auch die Absicht der Bundesre-

40 Versicherungsjahren um rund 100 DM erhöht. Mütter, die wegen der Versorgung eines Kindes nicht arbeiten, brauchen für jedes Kind ein „Baby“-Jahr keine Rentenbeiträge zu entrichten, aber das Jahr wird ihnen voll auf die Rente angerechnet.

Ferner soll die gesetzliche Rentenversicherung auch für Selbständige geöffnet und der Versorgungsausgleich bei Scheidungen neu geregelt werden.

Der Gesetzentwurf des Arbeitsministers wurde inzwischen den anderen Ministerien der Bundesregierung, den Ländern und den beteiligten Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Die Mehrkosten für die vorgesehenen Verbesserungen, die noch keineswegs den Vorstellungen der Gewerkschaften für eine Rentenreform entsprechen, würden nach den Darstellungen des Ministers im Jahre 1973 rund 3 Milliarden DM betragen. Die Reformpläne Arendts, soviel ist heute schon bekannt, stoßen auf den Widerstand von Wirtschafts- und Finanzminister Schiller, und so ist nicht ausgeschlossen, daß der bescheidene „Arendt-Plan“ das Schicksal der mit zu viel Vorschußlorbeeren gestarteten „Leber-Pläne“ haben könnte. Es wird nicht zuletzt an der Initiative und der Aktionsfreudigkeit der Gewerkschaften liegen, wenn die Bundesregierung gezwungen werden soll, eine ausreichende Rentenreform vorzunehmen, so, wie sie es zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit versprochen hat. sr

gierung, die Mittel für arbeitsmarktpolitische und damit öffentliche Aufgaben auch weiterhin aus Versicherungsbeiträgen aufzubringen, entschieden abgelehnt. Der Kongreß stellte dazu fest: „Solche Maßnahmen sind aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren.“ Entgegen dieser eindeutigen Stellungnahme des DGB sind aber mit dem AFG der Bundesanstalt für Arbeit im großen Umfange die Finanzierung von Ausgaben übertragen worden. Obwohl für diese Kosten der Staat verantwortlich ist, hat die Arbeitslosenversicherung keine der für das AFG aufgewandten Beitragsgelder erstattet bekommen.

Das Ergebnis dieser Politik ist für die Bundesanstalt katastrophal: In den Jahren der Krise 1966/67 hatten sich zwar die Reserven der Arbeitslosenversicherung von 6,7 auf 5,8 Milliarden DM verringert. Jetzt aber sind diese knapp 6 Milliarden DM verbraucht, obwohl es in den Jahren nach der letzten Krise, abgesehen von dem Ansteigen der Kurzarbeit zum Jahreswechsel 1970/71, keine größere Arbeitslosigkeit gegeben hat, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung eingeschränkt worden (Wegfall des Arbeitslosengeldes ab 65 Jahre, geringeres Arbeitslosengeld bei vermindertem Leistungsvermögen) und mit den in den letzten Jahren von den Gewerkschaften erkämpften höheren Löhnen und Gehältern auch die Beitragseinnahmen angestiegen sind.

Dabei ist sicher nicht auszuschließen, daß der an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit stehende CDU-Politiker Stingl, diesen Ausverkauf der Arbeitslosenversicherungsgelder nicht ohne politische Absicht zum Anlaß nimmt, jetzt von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge zu fordern. Zum 1. Januar nächsten Jahres höhere Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, ein Jahr später — zu Beginn des Jahres der nächsten Bundestagswahl — die schon festgelegte Steigerung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung von 1 Prozent: Es ist klar, daß sich die Bundesregierung mit solchen Maßnahmen, die

den Nettoverdienst von Arbeitern und Angestellten weiter sinken lassen, keine Sympathien bei der nächsten Bundestagswahl erwerben kann.

Die Gewerkschaften sollten von dem Beschluß des 8. DGB-Kongresses zur Arbeitsmarktpolitik ausgehen und die nun bei der Arbeitslosenversicherung eingetretene Situation nicht einfach hinnehmen. Es muß als erstes öffentlich Rechenschaft darüber verlangt werden, wofür die 5,8 Millionen DM verausgabt wurden, die nach der Krise 1966/67 als Reserve der Arbeitslosenversicherung vorhanden waren. Zweitens sollte die Erstattung aller Ausgaben aus den öffentlichen Haushalten gefordert werden, die für Fremdaufgaben im Rahmen des AFG oder auf Grund anderer Verfügungen seit 1967 aus dem Fond der Arbeitslosenversicherung geleistet wurden. Die Gewerkschaften müssen fordern, daß für die Zukunft die Arbeitslosenversicherung von allen Fremdaufgaben entlastet wird bzw. Ausgaben hierfür sofort erstattet werden. Beschränkt man die Arbeitslosenversicherung auf ihre eigentlichen Aufgaben, ist eine Beitragserhöhung nicht nötig, vielmehr könnte, entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften, das Arbeitslosen- und das Kurzarbeitergeld erhöht werden. A. Bö.

Steuereinnahmen 13,5 Prozent höher

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sind im ersten Halbjahr 1971 um 13,5 Prozent auf 73,061 Milliarden DM gestiegen. Wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen mitteilt, stieg allein die Lohnsteuer um 28,7 Prozent, während das Aufkommen der Körperschaftssteuer um den gleichen Prozentsatz zurückging. Im einzelnen nahm der Bund in den ersten sechs Monaten des Jahres 43 Milliarden DM = + 12,8 Prozent, die Länder 26,1 Milliarden DM = + 13,4 Prozent und die Gemeinden 3,8 Milliarden DM = + 23,8 Prozent ein.

DGB kritisiert Steuererhöhungspläne

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich gegen die Äußerungen verschiedener Bundesminister über Steuererhöhungspläne gewandt. Solche Erklärungen, bemerkt der DGB, könnten die Steuerpflichtigen nur verwirren und verärgern. Die Bundesregierung kann nach Auffassung des DGB über die Steuereinnahmen erst im Rahmen eines Gesamtkonzepts für den Bundeshaushalt 1972 und für die mittelfristige Finanzplanung entscheiden. Dabei müssen nach Auffassung des DGB als Quellen für zusätzliche Steuereinnahmen die Verabschiedung des Steuerfluchtgesetzes und die Beibehaltung der Investitionssteuer an erster Stelle stehen.

Wohlstand für den Arbeiter

13. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes Ziel ist die Erhöhung des Lebensniveaus

Im Juli hat eine Tagung des FDGB-Bundesvorstandes — die 13. seit dem 7. FDGB-Kongreß — die Aufgaben der Gewerkschaften der DDR nach dem VIII. Parteitag diskutiert und dazu Beschlüsse gefaßt. Die Tagung wurde als besonders bedeutungsvoll charakterisiert. Von ihr gehen viele Anstöße für eine wirkungsvollere Gewerkschaftsarbeit aus, die die Grundlinie des SED-Parteitages „Alles für das Wohl des Menschen!“ verwirklichen helfen sollen. Der FDGB-Bundesvorstand erklärte ausdrücklich, daß die Beschlüsse des Parteitages den Interessen der Arbeiterklasse dienen und die besondere Aufgabe der Gewerkschaften bei der Verwirklichung dieser Beschlüsse darin liegt, den großen Einfluß der Arbeiterklasse als der herrschenden und machtausübenden Klasse voll zur Geltung zu bringen.

Als Kernstück gewerkschaftlicher Interessenvertretung wurde auf der Tagung das beharrliche, hartnäckige Eintreten für die Erfüllung der Hauptaufgabe im Zeitraum bis 1975 bezeichnet, nämlich das Eintreten für die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempes der sozialistischen Produktion, der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Demzufolge spielte die Organisierung des Wettbewerbs als die im Sozialismus zweckmäßigste und beste Form der gesellschaftlichen Arbeit zum Nutzen aller eine entscheidende Rolle. Der Wettbewerb wurde von Herbert Warnke als das Hauptfeld bezeichnet, auf dem die Arbeiter das gesellschaftliche Leben der DDR aktiv mitgestalten, auf dem täglich die Rolle der Gewerkschaften als Schulen der Wirtschaftsführung und des Sozialismus zu verwirklichen ist. Da die Rationalisierung eine vorrangige wirtschaftspolitische Aufgabe ist, die daher auch im Zentrum des Wettbewerbs steht, wies Herbert Warnke mit Nachdruck darauf hin, daß die sozialistische Rationalisierung nur dann ihren Sinn erfüllt, wenn sie auch zur Erleichterung der Arbeit, zu höherer Arbeitssicherheit und zu verbesserten Arbeitsbedingungen führt. Als gutes Beispiel, woran sich die Gewerkschaftsarbeit orientieren soll, wurde das Rationalisierungsvorhaben im Kombinat Zentronik in Sömmerda genannt, an dessen Verwirklichung sich 2200 Werktätige aktiv beteiligten, was nicht nur bedeutenden Produktivitätszuwachs brachte, sondern auch die Arbeitsbedingungen für 300 Beschäftigte erleichterte, Unfallquellen beseitigte und eine gute Versorgung der Arbeiter im Betrieb sicherstellte.

Der FDGB-Bundesvorstand verlangte generell, daß die Gewerkschaften hartnäckiger darauf hinwirken, daß in allen wesentlichen Fragen des Arbeiterlebens — Versorgung, Berufsverkehr, Unterbringung der Kinder usw. —

von den Leitern der Wirtschaft mehr getan wird. Die Tagung rief auch dazu auf, der noch in manchen Betrieben anzutreffenden Tendenz eines Überstundenwesens entgegenzutreten. Für manche Wirtschaftsfunktionäre ist das noch der bequemste Weg, Schwierigkeiten im Produktionsverlauf auszugleichen, und sie neigen dazu, aus Ausnahmeregelungen Dauerzustände zu machen, statt die Produktion in Ordnung zu bringen. Das aber ist eine Beschränkung der den Werktätigen zustehenden Freizeit, die von den Gewerkschaften nicht länger akzeptiert werden kann.

Kritisch äußerte sich auch die Tagung des Bundesvorstandes, Beschwerden von Gewerkschaftsmitgliedern aufgreifend, über eine unzureichende Versorgung mit Arbeitsschutzkleidung und -mitteln. In diesen und anderen wesentlichen Fragen des Arbeiterlebens wird der FDGB-Bundesvorstand Initiativen ergreifen und an den Ministerrat der DDR mit entsprechenden Vorschlägen herantreten. Bundesvorstand, Präsidium und Sekretariat wollen sich in der Folge mit weiteren wichtigen Problemen beschäftigen, zum Teil gemeinsam mit dem Ministerrat.

Es sind dies Probleme der weiteren Durchsetzung des ökonomischen Systems des Sozialismus und Fragen des materiellen Anreizes in Kombinat und Betrieben, Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen; Probleme der Neuererbewegung; die aktivere Rolle der Ständigen Produktionsberatung der Werktätigen in den Betrieben; die Regelung der geplanten Lohnmaßnahmen; Rentenwesen; freiwillige Zusatzrentenversicherung; Rolle der Betriebskollektivverträge und Betriebsvereinbarungen; Förderung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften,

Konsumgüterproduktion; Berufsverkehr; bessere Gestaltung des Erholungswesens; Arbeitsschutz; Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit.

Mit diesen und anderen Aufgaben vollziehen die Gewerkschaften eine stärkere Hinwendung zu wichtigen Bedürfnissen und Interessen der Arbeiterklasse und verbinden das mit dem Bemühen, alle Gewerkschaftsmitglieder im Sinne der sozialistischen Demokratie zu befähigen, gut mit dem Volkseigentum zu wirtschaften und den gesellschaftlichen Prozeß mitzuleiten.

Kein Stahlarbeiter-Streik in USA

Wenige Stunden vor dem geplanten Streiktermin wurde durch einen neuen Tarifvertrag ein Lohnkampf der amerikanischen Stahlarbeiter verhindert. Zwischen der Gewerkschaft der Vereinigten Stahlarbeiter und den Vertretern der neun größten Stahlkonzerne in den USA wurde ein Lohnkommen vereinbart über eine Laufzeit von drei Jahren, das eine Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen um rund 30 Prozent, das sind etwa zehn Prozent pro Jahr, vorsieht. Die Erhöhung erfolgt auf einen durchschnittlichen Ecklohn von 3,45 Dollar pro Stunde. Weiter wurde eine Indexklausel vereinbart, nach der die Unternehmer auf jede Steigerung des Index für Verbraucherpreise um 0,4 Prozent 1 Cent je Arbeitsstunde mehr zahlen müssen.

Reparaturpreise stiegen stärker als Handwerkslöhne

Das westdeutsche Metallhandwerk könne mit den im abgelaufenen Jahr erzielten Ergebnissen zufrieden sein, heißt es in dem von der IG Metall herausgegebenen „Metall-Dienst“ unter Bezugnahme auf Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Der Nettoumsatz habe sich um 19 Prozent erhöht. Freilich sei dieses Wachstum in erster Linie auf die im Handwerk besonders starke Erhöhung des Preisniveaus zurückzuführen. Trotz der ungewöhnlichen Umsatzausweitung stieg die Beschäftigungszahl in der Handwerksgruppe Metall nur von 985 000 Personen (1969) auf 995 200 (1970), um etwa 1 Prozent.

Die Löhne in den vier größten Zweigen des Metallhandwerks verbesserten sich um gut 15 Prozent — in der Industrie waren es 12 Prozent. Im Schnitt betrug der Stundenlohn in diesem Handwerk 1970 DM 6,20. Stärker jedoch stiegen die dafür den Kunden in Rechnung gestellten Beträge. So wuchsen die Preise für Reparaturen im Elektroinstallationshandwerk um 18 Prozent, im Kfz-Handwerk um 20 bis 30 Prozent.

200 Millionen Dollar für Vietnamkrieg

Nach Angaben des Senator Fulbright hat der Vietnamkrieg den Vereinigten Staaten bisher 200 Milliarden Dollar, das sind rund 700 Milliarden DM, gekostet.

Menschen zweiter Klasse?

Zum Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD-Wirtschaft

Seit dem Beginn der sechziger Jahre ist die zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der BRD-Wirtschaft zu einem charakteristischen Element der Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit geworden. 1960 waren erst 280 000 ausländische „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik tätig, 1966 bereits 1,3 Millionen. Ihre Zahl ging in der Krise um mehrere hunderttausend zurück und stieg danach wieder sehr stark an. Nach der offiziellen Statistik waren es Ende März 1971 2,04 Millionen. Damit kommt gegenwärtig fast ein Zehntel aller Beschäftigten in der westdeutschen Wirtschaft aus dem Ausland.

Diese Entwicklung erklärt sich aus den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Akkumulation. Wie Karl Marx bereits im „Kapital“ nachwies, verlangen die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals ein vom natürlichen Bevölkerungswachstum nicht begrenztes Reservoir an Arbeitskräften, „eine von dieser Naturschranke unabhängige industrielle Reservearmee“. Für die Bundesrepublik wurde diese für alle kapitalistischen Länder geltende Tendenz noch dadurch besonders zwingend, weil durch das hohe Akkumulationstempo auch bei steigender Rationalisierung und Technisierung der Bedarf an Arbeitskräften aus der eigenen Bevölkerung immer weniger gedeckt werden konnte. Hierbei spielte die ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung als Folge zweier vom deutschen Imperialismus angezettelter Weltkriege ebenso eine Rolle wie der Ausfall Hunderttausender von Arbeitskräften durch den Aufbau der Bundeswehr.

Bis zum Jahre 1961 konnte die in vielen Bereichen extensive Reproduktion der westdeutschen Wirtschaft durch die in großem Stil betriebene forcierte Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR im wesentlichen gesichert werden, wie dies 1966 in der Westberliner „Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung“ (Beihfte, Heft 13, S. 11) deutlich ausgedrückt wurde: „... dieser ständige Zustrom von Arbeitskräften war hier ... bereits fest eingeplant, er steckte in allen wirtschaftlichen Überlegungen drin. Als er ... abrupt abgestoppt wurde, ergab sich beinahe notwendigerweise ein Umschalten der Deckung des Bedarfs auf Ausländer.“ Die Ausländerbeschäftigung erfüllt damit die Funktion die industrielle Reservearmee zu ersetzen und die Akkumulation des Kapitals zu gewährleisten.

Diese Feststellung muß deshalb mit besonderem Nachdruck unterstrichen werden, weil es bis heute nicht an frommen Sprüchen fehlt, die in bestimmten Bevölkerungskreisen sogar auf Resonanz stoßen, daß man großzügig als eine Art Entwicklungshilfe bedürftigen Menschen Arbeitsplätze zur Verfügung stelle und damit eine

humane Tat vollbringe. Im übrigen ist diese sentimentale Tour auch von den westdeutschen Arbeitgeberverbänden in einem Beitrag von Rolf Weber im „Bundesarbeitsblatt“ vom April 1970 eindeutig widerlegt worden:

„Deutsche Arbeitgeber lassen Ausländer anwerben, weil sie für ihre zu besetzenden Arbeitsplätze Arbeitskräfte im eigenen Land nicht mehr finden. Das muß ganz nüchtern und ohne jede Sentimentalität gesehen werden. Kein deutscher Arbeitgeber beschäftigt Ausländer, um damit Bildungs- oder Entwicklungspolitik zu betreiben. In erster Linie interessiert ihn die Arbeitskraft und was sie für den betrieblichen Produktionsprozeß zu leisten imstande ist.“

Klarer läßt sich das Primat des Profits wohl kaum zum Ausdruck bringen, und die Krise von 1967, als ein erheblicher Teil der ausländischen Arbeiter entlassen wurde, hat denn auch deutlich zu verstehen gegeben, daß sie für die Unternehmer in einer solchen Situation nichts anderes sind als eine konjunkturpolitische Manövrierreserve. Im übrigen werden Überlegungen in dieser Richtung auch heute wieder angestellt, wie zum Beispiel von Hans Roepel, dem Leiter der Wirtschaftsredaktion in der „Frankfurter Allgemeinen“, der in einem Leitartikel seiner Zeitung am 23. Juni 1971 die Auffassung vertrat:

„Das ständige Lamentieren von der Gefährdung der Arbeitsplätze ist geradezu absurd in einer Zeit, in der noch immer mehr als 700 000 Arbeitsplätze nicht besetzt werden können und rund zwei Millionen ausländische Gastarbeiter beschäftigt sind. Das ist ein Potential von über zweieinhalb Millionen Arbeitsplätzen, das verschwinden könnte, bevor theoretisch auch nur ein Deutscher arbeitslos zu werden brauchte.“

Derartige Thesen tragen naturgemäß zur Festigung verbreiteter nationalistischer Ressentiments bei, die sich in der vielfachen sozialen Diskriminierung der „Nigger Europas“ ausdrücken: Etwa, wenn in Lokalen plakatiert wird, daß Ausländer als Gäste unerwünscht seien; oder wenn amtlich

festgestellt worden ist, daß in Nordrhein-Westfalen 40 Prozent der ausländischen Arbeiter in menschenunwürdigen Wohnungen hausen müssen, weitere 30 Prozent in provisorischen Unterkünften. Die soziale Diskriminierung zeigt sich ferner an den Wuchermieten, die den Ausländern für unzumutbare Unterkünfte abverlangt werden, und nicht nur von skrupellosen privaten Geschäftemachern, sondern auch von renommierten Konzernen, wie zum Beispiel die Philipp Holzmann AG, über deren Wohnlager in Rödelheim „Die Zeit“ am 11. Dezember 1970 berichtete, daß trotz unhaltbarer Zustände auf dem Barackengelände von den ausländischen Bewohnern eine Quadratmeter-Miete von 33 DM verlangt wird — wobei sich die Konzernleitung darauf beruft, daß Kontrollen durch das Gewerbeaufsichts-, das Landesarbeits- und das Gesundheitsamt in den 11 Jahren, in denen das Lager besteht, keine Beanstandungen ergeben hätten.

Ein Ausdruck für die Einschätzung der „Gastarbeiter“ ist auch die Tatsache, daß sich unter den 8000 VW-Italienern — jeder elfte Beschäftigte in den Wolfsburg Werken ist ein Ausländer — kein Vorarbeiter befindet, angeblich wegen mangelnder deutscher Sprachkenntnisse, obwohl sich mehr als hundert von ihnen nahezu 10 Jahre in Wolfsburg aufhalten, ausgezeichnet Deutsch sprechen und auch eine entsprechende Qualifikation besitzen. Schließlich muß noch darauf verwiesen werden, daß die ausländischen Arbeiter die gleichen hohen Lohnabzüge haben, wie ihre deutschen Kollegen, damit hohe Beiträge an die Rentenversicherung zahlen, aber wegen ihres Lebensalters nur in seltenen Fällen Leistungen in Anspruch nehmen; mit jährlich mehr als einer Milliarde DM an Lohnsteuern tragen sie in erheblichem Maße zur Finanzierung von Schulen, Straßen und Krankenhäusern bei, aber Experten ermittelten, daß etwa eine Viertel Million Kinder von ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik ohne hinreichende Schulbildung heranwachsen.

Selbst wenn man die schlimmsten Auswüchse der Ausländerbeschäftigung in diesem Zusammenhang unberücksichtigt läßt — die Tätigkeit der sogenannten Sub-Unternehmer, die sich als „Arbeitsvermittler“ für illegal eingewanderte Ausländer ohne Paß und Arbeitserlaubnis auf die schmutzigste Art und Weise als moderne Sklavenhändler maßlos bereichern — wirft die Ausländerbeschäftigung nicht nur ökonomische, sondern auch zahlreiche soziale und gesellschaftliche Probleme auf. Um so notwendiger ist unter diesen Umständen, da die westdeutschen Konzerne auch in Zukunft nicht auf die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern verzichten werden, daß sich die Gewerkschaften ihrer Klassenpflicht gegenüber den ausländischen Kolleginnen und Kollegen stärker bewußt werden.

Dr. Tu.

DKP kontra Großkapital

Die DKP legt Entwurf für programmatische Thesen zu ihrem Parteitag vor

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) legte der Öffentlichkeit in Bonn den Entwurf für programmatische Thesen zu ihrem Düsseldorfer Parteitag im November vor. Der stellvertretende DKP-Vorsitzende Herbert Mies bezeichnete es als die zur Zeit wichtigste Aufgabe seiner Partei, mehr Mitglieder aus der Arbeiterschaft für die DKP zu gewinnen, um zu verhindern, daß sich Teile der Arbeiterschaft zur CDU/CSU hin orientieren. Zugleich kündigte er an, daß sich die DKP verstärkt um Aktions-einheit mit sozialdemokratischen Arbeitern bemühen werde. Das Mitglied des Parteivorstandes der DKP Werner Cislak gab in diesem Zusammenhang den NACHRICHTEN eine Erklärung ab, die sich besonders auf die Stellung der DKP zu den Gewerkschaften bezieht:

In der ersten Woche des Monats Juli fand in Düsseldorf die 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP statt. Ausgehend von aktuellen Problemen des Kampfes der arbeitenden Bevölkerung für ihre sozialen und politischen Interessen, stand im Mittelpunkt der Tagung die Vorbereitung des im November dieses Jahres stattfindenden Parteitages. Im Ergebnis der Beratung beschloß die Parteivorstandstagung den Thesenentwurf „DKP — kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus“. Die Partei wurde aufgerufen, alle Maßnahmen zu treffen, um eine breite öffentliche Diskussion dieses Thesenentwurfs zu sichern. Das ist nicht zuletzt auch ein Beispiel der in unserer Partei praktizierten innerparteilichen Demokratie, wenn in dieser Diskussion erarbeitete Vorschläge und Meinungsäußerungen von Parteimitgliedern wie auch von nicht der DKP angehörenden Persönlichkeiten sorgfältig bei der endgültigen Formulierung der Thesen beachtet werden.

Auf der Grundlage der vom Essener Parteitag 1969 beschlossenen Grundsatzserklärung bestimmen die Thesen die Politik der DKP, ihre nächsten Ziele und Aufgaben.

Immer größere Teile der Arbeiterklasse und der jungen Generation geraten in einen Konflikt mit dem Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik. Für immer mehr Menschen stellt sich die großkapitalistische Wirtschaftsordnung als System der Unsicherheit und der Ausbeutung dar, das die Reichen bereichert und für die arbeitende Bevölkerung immer wieder neue Belastungen bringt. Mit

dem Entwurf der Thesen unterbreitet unsere Partei der Öffentlichkeit ihre Vorstellungen über die Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Die Kommunistische Partei ist für eine antimonopolistische Demokratie, für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, die den Weg zum Sozialismus öffnet.

Wie bisher macht die DKP klar, daß sie in den Gewerkschaften die breiteste und umfassendste Organisation der Arbeiterklasse sieht und bekennt sich erneut zu starken Gewerkschaften, die notwendig sind für die erfolgreiche Vertretung der sozialen und demokratischen Forderungen der arbeitenden Menschen. Sie sagt unzweideutig, daß nur konsequent an der Interessenvertretung der Arbeiterklasse orientierte Gewerkschaften ein Kraftzentrum für die soziale und demokratische Bewegung sein können.

Die PV-Tagung unterstrich, daß jeder Kommunist aktiver Gewerkschafter ist und in den Gewerkschaften für die Verwirklichung der der Arbeiterklasse dienenden Beschlüsse einzutreten hat. Wir glauben, die Stärke und das Ansehen der Gewerkschaften wird ganz wesentlich davon bestimmt, daß sie in den heutigen und künftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit eindeutig aktiv für die arbeitende Bevölkerung Partei ergreifen. Die Gewerkschaften werden auch in dem Maße stärker, wie sie dem Versuch widerstehen, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in das staatsmonopolistische System zu integrieren, wie sie die Solidarität der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer sozialen und demokratischen Forderungen festigen, wie sie sich noch mehr in den Betrieben verankern und die 6,7 Millionen Mitglieder an eine aktive Gewerkschaftsarbeit heranführen.

Als Mitglieder der Gewerkschaften werden die Kommunisten bemüht sein, durch ihr praktisches Verhalten im Gewerkschaftskampf immer wieder den Beweis zu liefern, daß auch im Interesse der Gewerkschaften eine starke und einflußreiche Deutsche Kommunistische Partei notwendig ist und daß die Kommunisten es sind, die in ihrem Bemühen nicht nachlassen werden, mit den sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitervertretern bei der Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus zusammenzuwirken und zu kämpfen.

Auszug aus dem Thesenentwurf zum Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

These 13

Die DKP kämpft für eine Wirtschaftspolitik, die nicht am Profit des Großkapitals, sondern ausschließlich an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiert ist...

Stabile Preise, ein höherer Anteil der arbeitenden Menschen an den von ihnen geschaffenen Werten, Sicherheit der Arbeitsplätze, kontinuierliches Wirtschaftswachstum — all das erfordert, daß die wirtschaftliche Macht des Konzernkapitals eingeschränkt und schließlich überwunden wird...

Notwendig ist eine aktive Lohnpolitik, die den arbeitenden Menschen einen höheren Anteil an den von ihnen geschaffenen Werten sichert. Die DKP fordert wirksame Maßnahmen gegen die preistreibenden Großkonzerne, gegen Preisabsprachen, Preis- und Mietwucher. Notwendig ist der Kampf um Preis- und Währungsstabilität durch staatlichen Preis- und Mietstopp und öffentliche Preiskontrolle...

Die DKP fordert die Anwendung der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes gegen die preistreibenden Konzerne und gegen die Bodenspekulation. Das Bodeneigentum der Banken und Versicherungsgesellschaften, der großen Industrie- und Handelsunternehmen sowie des Großgrundbesitzes muß in öffentliches Eigentum überführt werden...

Die DKP fordert: verbesserten gesetzlichen Kündigungsschutz und weitere Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Die staatlichen Milliarden-Beträge für die Konjunkturbelastung, für den Strukturwandel und für Subventionen, die heute in die Kassen des Großkapitals fließen, müssen unter Mitwirkung der Gewerkschaften so eingesetzt werden, daß rechtzeitig neue Arbeitsplätze geschaffen, Umschulungsmaßnahmen eingeleitet und soziale Absicherung bei Umsetzungen garantiert werden...

These 30

Die kommunistischen Arbeiter und Angestellten sind Teil der Gewerkschaften. Sie kämpfen aktiv für die Durchsetzung der den Klasseninteressen dienenden Beschlüsse dieser Arbeiterorganisation, für die Entwicklung der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiterklasse. Sie sind dabei stets um das Zusammenwirken von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitervertretern bemüht. Darum liegt eine starke kommunistische Partei im Interesse der Gewerkschaften...

„Mitbestimmung als Kampfaufgabe“: Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtung. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt am Main, 350 Seiten. Pahl-Rugenstein-Verlag Köln.

Die Autoren dieses Buches vom IMSF/Frankfurt grenzen sich mit genügender Distanz von der „institutionellen Mitbestimmung“ ab. Es geht ihnen darum, die sozialen und politischen Interessen aufzuzeigen, die mit der Mitbestimmungsfrage verknüpft sind. So gelingt es den Verfassern in den Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Positionen zur Mitbestimmungsfrage, die Realitäten des Klassenkampfes in der BRD auszuleuchten und wertvolle wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über den konkreten Kampf der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital zu vermitteln. Für die Autoren ist der Kampf um Mitbestimmung ein Moment des Klassenkampfes, bei dem es darum geht, die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse auszuweiten und die Macht des Monopolkapitals zurückzudrängen.

Schon die Gliederung des Buches vermittelt einen Eindruck von dem Bemühen des Instituts, den Arbeiterfunktionären eine Hilfe in ihrem betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf zu leisten.

Der erste Teil behandelt „theoretische und methodische Grundlagen einer marxistischen Mitbestimmungs-Konzeption“, der zweite Teil: „Mitbestimmungsauffassungen der Gewerkschaften, der SPD und der DKP“, der dritte Teil: „das Problem der Mitbestimmung in der sozialwissenschaftlichen Literatur“. Im vierten Teil wird „zur Strategie der herrschenden Klasse in der Mitbestimmungsfrage“ Stellung genommen. Der fünfte Teil: „Mitbestimmung — die Fähigkeit zur Machterhaltung — Untersuchung in 3 westdeutschen Großbetrieben“ gibt ein lebendiges Bild von den vielseitigen Funktionen, Rechten und Schwierigkeiten der Betriebsräte und Vertrauensleuten bei der Interessenvertretung ihrer Kollegen. Hier wird dargelegt, welche Mitbestimmungsrechte sich die Arbeiter erkämpft haben und der einengende Rahmen der „gesetzlichen Mitbestimmung“ enthüllt. Dabei wird klar: Mitbestimmung als „formales Recht“ wirkt tendenzionell in Richtung auf die Integration der Arbeiterfunktionäre in das staatsmonopolistische System. Diese Tendenz kann und wird dort aufgehoben, wo die „Mitbestimmungsträger“ eng mit den Belegschaften verbunden sind und sich bei der Interessenvertretung der Arbeiter auf ihre Kampfbereitschaft und Aktionen stützen können.

Diese empirische Untersuchung ist für alle Arbeiterfunktionäre eine wahre

Fundgrube an positiven und negativen Beispielen über die betriebliche Arbeit. Es wird auch ausführlich der tatsächliche Mechanismus zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten, Vertrauensleuten, Arbeitsdirektoren und Mitgliedern von Aufsichtsräten behandelt und die Notwendigkeit deutlich gemacht, für diese ganze Rahmenstruktur einer Gegenmacht zum Monopolkapital eine einheitliche, klassenmäßige Strategie und Taktik zu entwickeln.

Im sechsten Teil schließlich werden „Kampfstrategien zur Durchsetzung

Das Prager Manifest von 1934

Ein Beitrag zur Geschichte der SPD, 70 Seiten, 2,95 DM
W. Runge-Verlag, Hamburg 26,
Anton-Ree-Weg 1

Dem außerordentlichen Parteitag im November dieses Jahres wird die Ausarbeitung eines „SPD-Langzeitprogramms“ vorliegen, das inoffiziell das Godesberger Programm der SPD „fortschreiben“ (überwinden) soll. Rechtzeitig zu diesem Parteitag hat der W. Runge-Verlag das Prager Manifest von 1934 herausgegeben, das die Programmdiskussion zweifellos mitbeleben wird.

Zum besseren Verständnis des Manifestes werden in einer kurzen Einleitung die Hintergründe der Entstehung und die Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Linie des Prager Manifestes kurz skizziert. Es wird nachgewiesen, daß das Manifest zur Grundlage des sozialdemokratischen Widerstandes gegen die Nazidiktatur gemacht wurde und sowohl 1936 von einem nationalsozialistischen Gericht

Das aktuelle Buch

als auch 1956 vom Bundesgerichtshof zu Urteilsbegründungen gegen Sozialisten herangezogen wurde.

Ein Faksimiledruck des Aktionsprogramms der Landesorganisationen Hamburg der SPD und KPD sowie ein Literaturverzeichnis tragen zum Verständnis des Prager Manifestes bei.

von Mitbestimmungsforderungen“ dargelegt. Im Kapitel „Zwischen Integration und Klassenkampf“ werden die Erfahrungen mit der Mitbestimmung in der Montan-Industrie verallgemeinert: „Institutionelle Mitbestimmung nach den zusätzlichen Möglichkeiten des Montan-Mitbestimmungsgesetzes wurde nicht als Kontrolle des Kapitals praktiziert. Arbeitsdirektoren wurden nicht in die Interessenorganisation der Belegschaften integriert, sondern in der Regel in die kapitalistische Unternehmenspolitik. Eine Ausnutzung der zusätzlichen Informations-Möglichkeiten für die Mobilisierung der Belegschaften fand nur in äußerst begrenztem Umfang statt. Von einer zentralen Koordinierung beziehungsweise Kontrolle der Arbeitsdirektoren und Aufsichtsrats-Vertreter durch die Gewerkschaften konnte keine Rede sein. Es konnte weder eine Verzahnung mit der betrieblichen Organisation noch mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik durchgesetzt werden.“

Positiv wird entwickelt: Mitbestimmung als Gegenmacht zu den Machtzentren des Kapitals, Mitbestimmung als Befähigung der Arbeiterklasse zur Machterhaltung, Mitbestimmung als Eingriff in die Profitsphäre des Kapitals, Verbindung der Forderung nach Mitbestimmung mit der Forderung nach grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft. Unter solchen und anderen Stichworten wird eine Strategie aktiver Arbeiterpolitik empfohlen, bei der die Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielen müssen.

Dieses Buch über die „Mitbestimmung“ füllt eine Lücke aus und kann allen Arbeiterfunktionären bestens empfohlen werden.

Josef Ledwohn

4. Internationale Automationstagung

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall hat beschlossen, in der Zeit vom 11. bis 14. April 1972 in der Stadthalle Oberhausen die 4. Internationale Automatenstagung durchzuführen, die sich mit Themen aus dem Bereich der Zukunftsforschung befassen wird. Vorgesehen sind vier Plinarsitzungen, eine Podiumsdiskussion sowie acht Arbeitsgruppensitzungen, in denen unter Mitwirkung von 38 Referenten, die zu zwei Dritteln aus dem Ausland kommen, folgende Themen behandelt werden:

Auswirkung der Technologie, die Umweltgefährdung, Bildungsfragen, Verkehr und Regionalstruktur, Konsumentenschutz, Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und die Zukunft der Gewerkschaften.

- 26. September bis 2. Oktober
10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden.
- 30. September und 1. Oktober
Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Oberhausen.
- 3. bis 9. Oktober
10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden.
- 4. bis 8. Oktober
11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Dortmund.
- 10. bis 13. Oktober
9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bad Harzburg.
- 24. bis 30. Oktober
9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.
- 11. und 12. November
8. Deutscher Beamtentag des DGB in Bonn.
- 18. und 19. November
8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund.
- 25. bis 28. November
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Düsseldorf.
- 11. bis 14. April 1972
4. Internationale Automationstagung der IG Metall in Oberhausen.

Reform der betrieblichen Altersversorgung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die in der Sozialpolitischen Gesprächsrunde erzielten Ergebnisse als einen wichtigen Beitrag zur Reform der betrieblichen Altersversorgung und zur Beseitigung vorhandener Unzulänglichkeiten bezeichnet. Dieser Fortschritt sei vor allem auf das dauernde Drängen und die vielen Initiativen des DGB in der Vergangenheit zurückzuführen. Vom DGB sei nie ein Zweifel daran gelassen worden, daß die sozialpolitische Funktion der betrieblichen Altersversorgung von den Gewerkschaften nur dann als befriedigend anerkannt werden könne, wenn es gelinge, die zur Zeit existierenden unzureichenden und ungewissen Altersversorgungsansprüche in qualitativ der Rentenversicherung ähnliche Rechtsansprüche umzuwandeln.

Der Gesetzgeber muß nach Ansicht des DGB die nun erzielten Ergebnisse so schnell wie möglich in die Praxis verwirklichen. Dies gilt vor allem für die vom Arbeitsminister vorgeschlagene und vom DGB als Kompromiß unterstützte Lösung, Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung in Zukunft nur dann steuerlich zu begün-

Es gab in der Bundesrepublik noch keine Lohnbewegung, die nicht von den Unternehmern und der großbürgerlichen Presse mit dem Märchen von der „Lohn-Preis-Spirale“ begleitet wurde, um die Öffentlichkeit gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften aufzubringen. Nun ist das Gerücht der Unternehmer von der Lohn-Preis-Spirale so alt wie das kapitalistische Lohnsystem. Aber die marxistische Arbeitswerttheorie hat die Haltlosigkeit dieser Behauptung nachgewiesen. Der vom Arbeiter im Produktionsprozeß geschaffene Neuwert ist größer als der Wert, der zur Reproduktion (Wiederherstellung) der Arbeitskraft des Arbeitnehmers notwendig ist. Der Teil des Neuwertes, der nicht in Form des Arbeitslohnes an die Produzenten — das sind die Arbeiter und Angestellten — gezahlt wird, also der Mehrwert, wird vom Unternehmer entweder individuell konsumiert oder zur Erweiterung der Produktion investiert.

Bei gegebenem Umfang des Neuwertes ist also die Menge des Mehrwertes von der Höhe der gezahlten Löhne

stigen, wenn nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit die Ansprüche auch bei Arbeitsplatzwechsel nicht verfallen.

Die von der Sozialpolitischen Gesprächsrunde weiterhin verabschiedeten Thesen zur betrieblichen Personalplanung werden vom DGB ebenfalls als bedeutender Beitrag zur Lösung der sich aus dem technischen und sozialen Wandel ergebenden Probleme begrüßt. In weiten Bereichen der betrieblichen Wirklichkeit werde die menschliche Arbeitskraft immer noch als jener Produktionsfaktor angesehen, auf dessen Rücken die Konsequenzen von Automation und Rationalisierung abgeladen würden. Die Personalplanung müsse — wie in den verabschiedeten Thesen vorgesehen — in die Gesamtplanung der Unternehmen integriert und gleichwertig neben die anderen Teilplanungen der Unternehmen gestellt werden.

Zu guter Letzt

F. Fischer, Leiter des Zentralen Bildungswesens der Daimler-Benz AG, Stuttgart.

„Man sollte sich keinen Illusionen darüber hingeben. Bildung erfolgt in der Wirtschaft zweckorientiert. Sie soll dazu beitragen, die Gesellschaftsordnung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten sowie Gewinn zu erzielen.“

So denken sich die Unternehmer die „Bildungsreform“!

abhängig. Damit haben aber die Preise nichts zu tun, da steigende Löhne lediglich zu einer Verringerung der Unternehmerprofite führen. Preissteigerungen zur Erhöhung der Profite sind allerdings seit eh und je von den Unternehmern vorgenommen worden und bilden im Spätkapitalismus die wesentliche Grundlage der allgemeinen Inflationstendenz.

Die vor kurzem veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus den Bilanzen von 909 Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik zeigen sehr eindrucksvoll, wer in Wirklichkeit von den steigenden Preisen profitiert — auf Kosten der Gesellschaft, die zu rund 80 Prozent aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht: Bei den 909 Gesellschaften wurden 1968 Sachanlage-Investitionen in Höhe von 12 Milliarden DM zu 95 Prozent und 1969 in Höhe von 16 Milliarden DM zu knapp 75 Prozent durch zum Teil stark überhöhte Abschreibungen finanziert.

Für die Eigentümer der Kapitalgesellschaften — die Aktionäre — drückt sich der Profit aber nicht nur in dieser Steigerung der Sachwerte aus, sondern außerdem in dem Anspruch auf einen persönlichen Profit, der sich vorwiegend in Form von Dividenden ausdrückt, die in diesen beiden Jahren rund 12 Prozent der Löhne und Gehälter ausmachten. Ganz offensichtlich ist hier ein erheblicher Spielraum für Lohnerhöhungen, dessen Ausschöpfung die für das Wachstum notwendige Investitionstätigkeit nicht berührt.

Dr. Tu.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307; Telefon 58 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichtannahme infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

N

VG

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main